

Posener Tageblatt



Bezugspreis: In der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen monatlich 4.— z., mit Zustellgeld in Polen 4.40 z., in der Provinz 4.30 z. Bei Postbezug monatlich 4.39 z., vierteljährlich 13.16 z. Unter Streifenband in Polen und Danzig monatlich 6.— z., Deutschland und übriges Ausland 2.50 Rml. Einzelnummer 20 gr. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zuschriften an die Schriftleitung des „Posener Tageblattes“: Posen, Aleja Warsz. Filialbiuro 25, zu richten. — Telegrammanschrift: Tageblatt Posen. Postkonten: Posen Nr. 200 283, Breslau Nr. 6184. (Konto.-Zahl.: Concordia Sp. Akt.) Fernsprecher 6106, 6276.

Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Millimeterzeile 16 gr., Textzeile (68 mm breit) 75 gr. Deutschland und übriges Ausland 10 bzw. 50 Pfg. Plagvorchrift und schwieriger Satz 50 % Aufschlag. Offertengebühr 50 gr. Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Keine Gewähr für die Aufnahme an bestimmten Tagen und Plätzen. — Keine Haftung für Fehler infolge unbedeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos“ Sp. o. o., Annoncen-Expedition, Posen, Aleja Warsz. Filialbiuro 25. Postkonto in Polen: Posen Nr. 207 916. in Deutschland: Berlin Nr. 156 102 (Konto.-Zahl.: Kosmos Spółka o. o., Posen). Gerichts- u. Erfüllungsort auch für Zahlungen Posen. Fernspr. 6276, 6105.

75. Jahrgang

Poznań, Mittwoch, 5. Februar 1936

Nr. 29

Der Haushaltsplan des Finanzministeriums

Am 3. Februar setzte die Haushaltskommission des Sejms ihre Arbeiten mit der Beratung des Haushaltsplans des Finanzministeriums fort. Am Mittwoch findet eine Diskussion über den Gesamthaushaltsplan statt. Am Donnerstag erfolgt die dritte Lesung der Voranschläge. Am Freitag tritt der Sejm zu einer Sitzung zusammen und am Sonnabend soll das neue Finanzgesetz beraten werden. Auf der Montag-Sitzung sprachen sowohl der Referent *Sokołowski* als auch der Minister *Kwiatkowski* nur im allgemeinen über den gesamten Fragenkomplex, ohne auf Einzelheiten näher einzugehen.

Der Referent wies darauf hin, daß eine Kontrolle über die Durchführung des Haushaltsplanes notwendig sei. Besondere Kontrollbeamte, die von den betreffenden Ministerien bestimmt werden, sollen diese Aufgabe durchführen.

Nach Abzug der Personalausgaben für das Heer, Polizei usw., die nicht mehr gekürzt werden können, bleibt eine Summe von 163 Millionen Zloty, also weniger als 8% des gesamten Haushaltses.

Mit dieser Summe muß der Minister wirtschaften oder weitere Einsparungen durchführen. Wirksamer aber als alle Einsparungen

sei eine Herabsetzung der Verwaltungsfunktionen sowie eine Liquidation des Statismus. Unbedingt notwendig sei ferner eine Änderung der Arbeitsform der Beamten.

Im Anschluß daran sprach Minister *Kwiatkowski*. Er betonte eingangs, daß von einer wirtschaftlichen Hilfe des Auslandes nichts zu spüren sei, und man könne auch für die Zukunft nicht damit rechnen. Wir sind, so sagte der Minister, ein Staat von überwiegend Kleinlandwirtschaftlicher Struktur und alle Versuche, sich von dieser Grundlage zu lösen, sind von vornherein zur Ausichtslosigkeit verdammt. Ein Ausgleich des Haushaltes sei nicht einfach. Zudem er auf Einzelheiten des Haushaltes einging, machte er besonders darauf aufmerksam, daß

12% der gesamten Haushaltssumme für Ruhegehälter und Renten

gezahlt werden müßten. Die entsprechende Summe betrage im Staatshaushalt Frankreichs kaum 3,9%, in Rumänien 8,9 und in Italien 9,7. Was die staatlichen Betriebe betreffe, so betrage die Rentabilität der staatlichen Unternehmen im Jahre 1934/35 4,3%. Durch die Einstellung der Kriegsschuldenzahlung sowie den Dollarkurs habe sich die Gesamtsumme der Kriegsschulden um die Hälfte vermindert.

Der Minister hob ferner hervor, daß die Situation auf dem Geldmarkt sich gegen Ende des vergangenen Jahres gebessert habe. Die Parzellierungsaktion sei dadurch wirksamer gewesen, daß zu Parzellierungszwecken Land freigegeben wurde, das der Landeswirtschaftsbank gehört.

Das deutsche Kolonialproblem

Von Axel Schmidt.

Gerade weil die britische Regierung sich an die Spitze der Völkerbundaktion stellte, um dem Versuch Italiens einer gewaltsamen Lösung der Kolonialfrage entgegenzutreten, mehrten sich in England die Stimmen, die der Ansicht sind, daß der Versailler Vertrag in bezug auf die Kolonialfrage nicht als der Weisheit letzter Schluß betrachtet werden könne.

Sogar Lord Downe hat sich neulich vorbehaltslos für die Rückgabe der Kolonien an Deutschland eingesetzt: „Ich wünsche, daß unsere Regierung den Mut aufbrächte, Deutschland die nach dem Kriege abgenommenen Kolonien zurückzugeben. Wir sollten aus dem letzten Kriege gelernt haben, daß man nicht auf die Dauer die wirtschaftliche Struktur der Welt aus dem Gleichgewicht bringen kann.“ So weit wie Lord Downe sind die englischen Kolonialpolitiker bisher nicht gegangen. Vielmehr haben sie sich meistens auf den Standpunkt gestellt, daß es nicht nötig wäre, die Kolonialfrage territorial anzufassen, sondern, daß es genügen würde, den Mächten, die keine Kolonien besitzen, die Gleichberechtigung in Kolonialhandel einzuräumen. Diese Ansicht vertrat seinerzeit auch der kürzlich zurückgetretene englische Minister Hoare, neuerdings wieder Lord Lugard, der ebenso wie Lord Downe zu den alten Kolonialpionieren Englands gehört.

Im Gegensatz zu Lord Downe lehnt es auch Lord Lugard ab, die deutschen Mandate zurückzugeben. Er begründet diese Ablehnung auf echt englische Weise. Er erklärt nämlich, daß man es den Eingeborenen nicht zumuten könne, die ihnen so teuer gewordene englische Flagge zu verlassen. Statt dessen schlägt Lord Lugard, wie gesagt, die „Offene Tür für Afrika“ vor. Ehe auf diese Vorschläge des englischen Lords eingegangen wird, muß hier mit einigen Worten seine Beweisführung in bezug auf die englische Flagge berührt werden.

Deutschland verlangt, wie oft genug betont worden, keine französischen oder englischen Kolonien, sondern einzig seine eigenen Kolonien zurück, die jetzt bekanntlich Mandate unter der Kontrolle des Völkerbundes geworden sind. Was nun die vermeintliche Zumutung anlangt, man könne den Schwarzen die ihnen so teuer gewordene englische Flagge nicht fortnehmen, so darf man das wohl als englischen Cant bezeichnen. Hier sei Paul Rohrbach, einer der besten Kenner der Kolonialfrage, zitiert. In seinem der deutschen Jugend gewidmeten Buche „Deutsch-Afrika, Ende oder Anfang?“ ist zu lesen:

„In Daresalam wurde im Mai 1933 ein deutsches Konsulat eingerichtet, das ein führender deutscher Geschäftsmann unter dem Konsulat von Nairobi verwalte. Zum ersten Male seit jenem 4. Sept. 1916, an dem die Engländer das von den letzten deutschen Beamten und Truppen verlassene Daresalam besetzten, wehten neben der Kontorflagge wieder stolz in Hafenturm- und alter Reichsflagge die deutschen Farben vom Mast. Das ging wie ein Lauffeuer bei den Schwarzen um, und den ganzen Tag wurde die Straße nicht leer von Eingeborenen, die mit freudig aufgeregtem Gemurmel nach oben auf die Fahne zeigten: „Bendera Jemu! Mungu na lele!“ „Unsere Flagge, Gott hat sie hergebracht!“

Lord Lugard wird sich nach zugkräftigeren Argumenten für die Beibehaltung der Mandatsverwaltung bemühen müssen; seine Argumente sind mit dem Ruf „Bendera Jemu!“ schlüssig widerlegt.

Weiter erklärt Lord Lugard, jedes Land, vielleicht aber auch nur jeder Völkerbund-

*) Hierbei seien unsere Leser, namentlich die deutsche Jugend, auf diese so lebendig geschriebenen Briefe „An einen jungen Deutschen“ hingewiesen. Verlag Volk und Heimat, Potsdam.

„Die Tscheka in Paris“

Paris, 4. Februar. In etwa einer Woche wird die französische Kammer sich mit der Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Beistandspaktes zu beschäftigen haben.

Der Pakt wird in der Presse immer mehr umstritten. Nicht nur, daß er von der Rechten aus Gegnerschaft gegen den Kommunismus angegriffen wird, unter den Kritikern findet sich auch die politisch linksstehende Zeitung

„Quotidien“. Jedenfalls dürfte der Boden für eine glatte Ratifizierung dieses Vertrages noch nicht völlig bereitet sein.

Der „Ami du peuple“ bringt eine politische Ratifizatur. Man sieht Litwinow mit der Sowjetmütze und einem Revolver in der Hand und ebenso angetan den französischen Kommunisten Cahin, den französischen Sozialisten Blum und den französischen Radikalsocialisten Herriot, wie sie den anglo-sowjetischen Vertrag, der am Tische sitzt und den Franco-Sowjetpakt vor sich liegen hat, zur Unterzeichnung zwingen; Uberschrift: „Die Tscheka in Paris“.

Der „Jour“ fordert in einem Artikel von Sowjetrußland — und von den Nachfolgestaaten des zaristischen Reiches, einschließlich Polen — eine Entschädigung für die französischen Geldgeber, die dem zaristischen Rußland die Mittel zum Bau der heute noch wertbeständigen Eisenbahnen gegeben haben und aus denen die jetzigen Mächte Nutzen ziehen. — An anderer Stelle verwahrt sich das Blatt energisch dagegen, daß Frankreich der Bankier der Welt sein soll und daß es dagegen nur unsichere Vorteile eintausche. In seiner politischen Kritik schreibt das Blatt dann unter anderem, seitdem die Sowjets in Frankreich durch ihre schlaue Propaganda die öffentliche Meinung vergiftet hätten, hätten sich zu viele Leute in Frankreich daran gewöhnt, den Begriff der kollektiven Sicherheit mit dem des Friedens gleichzusetzen.

Diese Gleichstellung habe als Vorwand für die Sühnemahnahmen gegen Italien gedient, die Frankreich jährlich 700 Millionen Franken kosteten und es, wenn man bis zur Blockade schreite, einem allgemeinen Gemangel aussetze.

Bei dem geplanten Donau-Balkan- und dem Ostpakt sehe man, was Frankreich gebe, aber nicht, was es erhalte. Nun schläge Titulescu gar noch vor, Italien durch Sowjetrußland zu ersetzen.

Das wäre die Bestätigung des Bruches Frankreichs mit Italien und der vorerwähnten Eintreibung Deutschlands von Nord- und Südosteuropa her.

Dadurch würde Frankreich dank der „kollektiven Sicherheit“ gezwungen sein, seine Truppen nach dem Rhein hin gegen die deutschen Truppen mobil zu machen, sobald Moskau, dem etwas derartiges vorliebe, Frankreich das Zeichen dazu geben werde. Seid ihr einfachen Franzosen, so fragt „Le Jour“, geneigt, wieder gegen Deutschland zu marschieren, ohne ein anderes Ziel, als Stalin und seiner Sowjetpropaganda zu dienen? Diese Frage dürfen wir uns noch acht Tage lang stellen. Dann wird es zu spät sein, dann wird sich die Kammer mit der Ratifizierung des Vertrages mit Sowjetrußland beschäftigen, und zwar unter Leitung einer französischen Regierung, die dank der Sowjetunion ans Ruder gekommen ist und wohl oder übel schleunigst ihre Schulden abfinden will, auch wenn diese ihr nicht einmal eine Atempause lassen.

„Tag der kollektiven Sicherheit“

Die Pariser Unterhaltungen am Montag

Paris, 4. Februar. Die Pariser Morgenpresse nennt den Montag den „Tag der kollektiven Sicherheit“. Alle politischen Besprechungen in Paris scheinen von französischer Seite auf diese Formel abgestellt zu sein. Immer mehr tritt die Rolle, die Sowjetrußland als „Ordnungsfaktor“ in der französischen Weltpolitik spielen soll, in den Vordergrund, auch wenn sie verschieden begründet und in einzelnen französischen Zeitungen sogar sehr heftig bekämpft wird.

Wie schon die gestrige Morgenpresse, so betont „Deuxième“ auch heute wieder, daß

im Falle einer Beteiligung Sowjetrußlands nicht etwa ein auf Oesterreich zugeschnittenes Abkommen, sondern eine Auslegung und Verbesserung des Art. 16 der Völkerbund-

Verfassung gewünscht werde. Das Blatt glaubt, König Boris habe zu verstehen gegeben, daß eine Teilnahme Bulgariens am Balkanpakt auf keinen Fall in Frage komme, so nützlich sonst auch der Völkerbund und seine Friedenspolitik seien.

Die Besprechungen finden auch am Dienstag ein starkes Echo in der englischen Presse. Die Zeitungen veröffentlichen spaltenlange Meldungen, in denen zum Teil weitgehende Vermutungen über das Ausmaß der Erörterungen angeführt werden.

Die „Times“ warnt jedoch in einem Pariser Bericht vor übertriebenen Erwartungen, wie sie in der französischen Presse ausgesprochen würden. Zu den Behauptungen, daß eine Reihe von neuen Pakten zustande kommen werde, durch die die „Unabhängigkeit“ Oesterreichs gesichert würde, sei nur zu sagen, daß die Vertreter Frankreichs wünschten, es wäre so. Tatsächlich sei das Ziel dieser Besprechungen aber viel bescheidener.

Die Mitglieder der Kleinen Entente hätten neuerdings gefühlt, daß die französische Außenpolitik keineswegs jenen Geist der Freundschaft und engen Zusammenarbeit aufweise, durch den sie sich früher ausgezeichnet habe.

Eine der Hauptaufgaben des neuen französischen Kabinetts sei daher gewesen, irgendwelche Mißverständnisse aufzuklären, Verdächtigungen zu beseitigen und die engen Beziehungen mit der Kleinen Entente mit aller Kraft wieder herzu-

stellen. Unter diesem Gesichtspunkt seien die Gespräche mit Titulescu und König Carol anscheinend ein voller Erfolg gewesen. Auch von den Unterredungen mit Prinz Paul von Sidlawien erwarte man befriedigende Ergebnisse. Natürlich wolle sich Frankreich nicht nur mit der Ausfüllung von Lücken in der diplomatischen Mauer begnügen, sondern strebe auch nach einer allgemeinen Neuaufrichtung der Mächte mit gegenseitigen Unterstützungsmaßnahmen gegen einen Angriff. Einer der schwachen Punkte in der Kette sei Ungarn, dessen Revisionspolitik wenig Zeichen an Abkühlung aufweise. Andererseits könne das Zugeständnis Oesterreichs, daß eine Wiederherstellung der Habsburger Monarchie zur Zeit unzeitgemäß wäre, vielleicht eine gewisse Wirkung in Budapest auslösen.

Inzwischen sei auch der italienisch-abessinische Konflikt nicht völlig von der Bühne verschwunden.

Flandin habe den Plan eines Mittelmeerpaktes der gegenseitigen Rückversicherung gegen einen Angriff erwogen, an dem auch Italien teilnehmen könnte und der, so hoffe man, auch eine Lösung des Abessinienkonfliktes erleichtern sollte.

Ob Flandin bei seiner gestrigen Besprechung mit dem britischen Botschafter auch diese Möglichkeit erwähnt habe, sei nicht bekannt. Zuständige Beobachter hätten jedoch geringe Hoffnungen auf eine Beteiligung Englands an einem solchen Plan. Der Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit einem Angreiferstaat würde eine starke Zumutung für die englische Öffentlichkeit und wahrscheinlich auch für die englische Regierung sein. Es sei unwahrscheinlich, daß Flandin irgendeinen Plan vorwärts bringen werde, der geringe Erfolgsaussichten habe.

„Daily Telegraph“ schreibt, wenn die Pariser Besprechungen erfolgreich seien, werde Bulgarien in die Balkanentente und Oesterreich in die Kleine Entente gebracht werden. Es werde nicht behauptet, daß die jetzigen Pariser Besprechungen zu festen Vereinbarungen führen; andererseits behaupte man jedoch in Paris, daß bereits mündliche Vereinbarungen abgegeben worden seien, die die besten Hoffnungen auf spätere schriftlich niedergelegte Vereinbarungen rechtfertigten.

Englands Aufrüstung

12 000 Flugzeuge, über 200 Kriegsschiffe

London, 3. Februar. Mit dem morgigen Zusammentritt des Unterhauses rückt die Aufrüstungsfrage zusammen mit den internationalen Verhandlungen in den Mittelpunkt des Interesses. Es ist noch keine Entscheidung darüber getroffen, ob die Mittel auf steuerlichem Wege oder mit Hilfe einer Aufrüstungsanleihe aufgebracht werden sollen. Noch im Laufe dieses Monats wird ein Weißbuch der Regierung über die Aufrüstung erwartet, das dann zum Gegenstand einer großen Unterhausdebatte werden wird.

Der politische Mitarbeiter der Zeitung „People“ nennt die Pläne der Regierung **das gewaltigste Aufrüstungsprogramm, das jemals in Friedenszeiten dem Unterhause vorgelegt worden sei.**

Das Blatt glaubt, daß die für die Ausgabendeckung erforderlichen Gelder rund 300 Millionen Pfund betragen werden, von denen ein Teil durch eine öffentliche Anleihe und der Rest durch Schatzanweisungen aufgebracht werden soll. Zwei Drittel dieses Betrages, also rund 200 Millionen Pfund, sollen nach einem sich über sechs Jahre erstreckenden Bauprogramm für die Herstellung neuer Kriegsschiffe verwendet werden.

Dieses Schiffsbauprogramm werde folgende Fahrzeuge umfassen: 11 Großkampfschiffe, 36 Kreuzer, 120 Zerstörer, 30 U-Boote und drei Flugzeugmutter-schiffe. Das Bauprogramm für die britischen Luftstreitkräfte soll sich über einen Zeitraum von sechs Jahren erstrecken und 12 000 neue Flugzeuge umfassen. Ferner ist der genannten Zeitung zufolge die Anlage von 30 weiteren Flughäfen geplant.

Hierzu macht der „Observer“ noch die Mitteilung, daß das englische Weltreich eine Landarmee von einer halben Million Mann erhalten solle, die der für Deutschland vorgesehenen Friedensstärke entspreche. Nicht entscheidend ist noch, ob und in welcher Weise eine Vereinheitlichung der Leistung der drei Waffengattungen bewerkstelligt werden kann.

Darüber hinaus sollen Gelder bereitgestellt werden für Befestigungsarbeiten in Gibraltar, in Singapur, am Suez-Kanal und in der Südpazifik. In Malta soll ein großer Flugstützpunkt eingerichtet werden. Außerdem ist die Anlage von Militärflugplätzen in Indien und Australien geplant.

Die Pläne der Regierung sind in enger Zusammenarbeit mit den Dominions ausgearbeitet worden. Sie beruhen auf dem bekannten Weißbuch MacDonaldis, zeigen sie doch, daß England die Lage heute viel kritischer hält als im Vorjahre und daß sich das Aufrüstungsprogramm beträchtlich beschleunigen wird, ohne aber dem Fehler der Ueberbürdung anheimzufallen. Denn schon mit Rücksicht auf die finanzielle Lage und um den hier nicht verstummenden Gerüchten eines über kurz oder lang unvermeidlichen euro-

päischen Krieges nicht weitere Nahrung zu geben, will England nicht mehr und nicht schneller aufrüsten, als es dies für unbedingt notwendig hält.

Die englische Kirche begrüßt den Aufrüstungsplan

London, 4. Februar. Die englische Kirchenversammlung wird sich dieser Tage mit dem neuen englischen Aufrüstungsplan befassen. In unterrichteten Kreisen hält man es für sicher, daß die Kirchenvertreter die amtliche Aufrüstungspolitik unterstützen werden.

Der Versammlung wird folgender Antrag zur Annahme vorgelegt werden: „Die Kirchenversammlung bedauert das Scheitern der vielen Aufrüstungskonferenzen. Sie hält es jedoch für lebenswichtig, daß Großbritannien für alle Zeiten in der Lage sein muß, seine eigene Freiheit zu verteidigen und seine Verpflichtungen auf Grund der Völkerbundsatzung zu erfüllen.“

Die englische Kirche begrüßt daher das Versprechen des Ministerpräsidenten, die Streitkräfte auf die erforderliche Höhe zu bringen, und fordert ihn dringend auf, die notwendigen Gesetzesmaßnahmen sofort einzubringen.“

Der Antrag ist so gefaßt, daß er den Ansichten der großen Mehrheit der Bevölkerung entspricht.

Flottenstreit Paris — London

Pariser Austritts-Drohungen

Paris, 3. Februar. „Paris Soir“ beschäftigt sich eingehend mit der Londoner Flottenkonferenz und spricht von einem englischen Stellungswandel in der Frage der qualitativen Rüstungsbeschränkung. Das Blatt geht soweit, der englischen Regierung eine Torpedierung der Konferenz vorzumerken.

Frankreich, so schreibt das Blatt, habe den Vorschlag gemacht, die Wasserverdrängung der Schlachtschiffe auf 25 000 Tonnen zu begrenzen. England und Japan schienen anfangs einverstanden gewesen zu sein. Es habe darum nur noch gegolten, den Widerstand der Vereinigten Staaten zu überwinden.

Als die französische Abordnung aber am letzten Mittwoch die Frage angeschnitten habe, sei ihr zu ihrer großen Ueber- raschung von der englischen Abordnung zu verstehen gegeben worden, daß sie ihrerseits nicht die 25 000-Tonnenengrenze annehme, sondern die 35 000-Tonnenengrenze.

Dieser erstaunliche Vorschlag, so schreibt das Blatt dann weiter, habe in diplomatischen französischen Kreisen Pessimismus und Zweifel ausgelöst. Falls der angelsächsische Block auf der Konferenz den französisch-italienischen Vermittlungsvorschlag von 27 000 Tonnen nicht annehme, werde sich zunächst für die italienische Abordnung und dann auch für die französische die Frage stellen, ob einer so wirkungslosen Begrenzung zugestimmt werden könne. Es würde nicht überraschen, wenn Frankreich sich schließlich von der Konferenz zurückziehen werde.

Munitionskisten unter Rotkreuzschutz?

Der schwedische Gesandte in Rom bei Staatssekretär Suvich

Rom, 3. Februar. Der schwedische Gesandte Sjöborg ist am Montag nachmittag von Staatssekretär Suvich im italienischen Außenamt empfangen worden. Wenigstens nähere Angaben über den Besuch fehlen, darf doch angenommen werden, daß er die in dem italienischen Heeresbericht Nr. 108 erwähnte

Auffindung von Munitionskisten bei dem Material der schwedischen Rotkreuzstation in Neghelli

betroffen hat, zu dem auch die römische Abendpresse am Montag eine als offiziös bezeichnete Meldung der schwedischen Telegraphenagentur veröffentlicht.

Das halbamtliche „Giornale d'Italia“ bemerkt zu dieser schwedischen Auslassung, von amtlicher schwedischer Seite werde jede Verantwortung der Ärzte und Krankenschwester der schwedischen Rotkreuzstation abgelehnt. Immerhin seien die 27 fraglichen Munitionskisten gefunden und an Ort und Stelle photographiert worden. Jemand müsse sie also unter dem Schutz des Rotkreuzzeichens gebracht haben.

Wenn das nicht von schwedischer Seite geschehen sei, so sei es von abessinischer Seite erfolgt, und damit werde auf jeden Fall nochmals der Beweis geliefert und erbracht, daß auf abessinischer Seite das rote Kreuz selbst auf die Gefahr, den guten Glauben fremder Sanitätsmissionen zu täuschen und zu hintergehen, zum Schutz von Kriegsgerät mißbraucht wird.

Damit werde aber auch das Recht Italiens bekräftigt, in vielen Fällen wider den Sinn des Rotkreuzzeichens, das in den Reihen der abessinischen Krieger und über ihrem Kriegsgerät so oft gezeigt werde, Zweifel zu hegen.

Paris, 3. Februar. Ministerpräsident Mussolini gewährte einem Vertreter des „Paris

Soir“ eine Unterredung, in deren Verlauf er sich recht zuverlässig über den Fortgang des Feldzuges in Abessinien äußerte. Der Duce gab seiner Versicherung Ausdruck, daß die Abessinier letzten Endes nicht den Sieg davontragen würden. Auch die bevorstehende Regenzeit beeinflusste ihn in seiner hoffnungsvollen Haltung nicht. Selbst wenn man annehme, daß es täglich vier Stunden regnen würde, so trete hinterher doch Sonnenschein ein, und diese Sonne sei für die Ermunterung seiner Soldaten sehr viel wert.

100 000 italienische Soldaten hätten außerdem bereits eine Regenzeit mitdurchgemacht und nicht sonderlich darunter gelitten. Die anderen würden sie ebenso überleben.

Auf alle Fälle würden die Abessinier sehr viel mehr darunter zu leiden haben; denn Italien würde immer die Möglichkeit haben, seine Truppen mit dem Notwendigen zu versorgen, was bei den Abessiniern nicht sehr sicher sei. Die Regenzeit werde die Italiener nicht aufhalten. Sicherlich seien die Schwierigkeiten des Geländes ungeheuer; aber das werde ihn nicht daran hindern, den Feldzug mit der ganzen Langsamkeit fortzusetzen, die erforderlich sei.

Erdöl-Ausschub sagt

Niemand legt Wert auf Beschleunigung der Beratungen.

Genf, 3. Februar. Der Sachverständigen-Ausschub der Sanktionskonferenz, der die Durchführbarkeit einer Erdölperre gegen Italien prüfen soll, ist unter dem Vorsitz des mexikanischen Befandten in Paris, Gomez, Montag vormittag hier zusammengetreten. In dem Ausschub sind folgende Länder vertreten: England, Frankreich, Iran, Mexiko, Norwegen, die Niederlande,

Peru, Rumänien, Schweden und die Sowjetunion. Zur Teilnahme war auch Argentinien aufgefordert worden; es hat jedoch keinen Sachverständigen entsandt.

Die erste Sitzung, an der auch ein Vertreter Venezuelas als Beobachter teilnahm, war den formalen Grundlagen der Arbeit gewidmet. Es wurden zwei Unterausschüsse eingesetzt, der eine für Transportfragen, der andere für die Erzeugung und die damit zusammenhängenden Fragen. Es besteht der Eindruck, daß

von keiner Seite auf eine Beschleunigung der Beratungen Gewicht gelegt wird.

Auf Grund der Berichte der Unterausschüsse sollen die Sachverständigen folgende Fragen, und zwar in der angegebenen Reihenfolge, beantworten:

1. Verbrauch Italiens und seiner Kolonien an verschiedenen Erdölprodukten: a) Verbrauch in normalen Zeiten, b) gegenwärtiger Verbrauch.

2. Versorgung Italiens und seiner Kolonien: a) in normalen Zeiten, b) in den letzten Monaten, c) Versorgungsmöglichkeiten einschließlich der Versorgung auf Umwegen, d) Beteiligung der verschiedenen Staaten an der Erdölversorgung Italiens.

3. Vorhandene Vorräte in Italien und seinen Kolonien; Möglichkeiten der Lagerung in Italien und anderswo.

4. Transportmittel.

5. Möglichkeiten des Ersatzes von Petroleumerzeugnissen durch andere Stoffe.

Italien spricht von militärischen Gegenmaßnahmen

Eine ernste Warnung des Giornale d'Italia.

Rom, 3. Februar. In außerordentlich ernsten Worten nimmt am Montag das halbamtliche „Giornale d'Italia“ zur gegenwärtigen Lage Stellung, die es als die einer steigenden Unordnung und eines wachsenden Durcheinander bezeichnet.

Mit dem Zusammentritt des Erdölausschusses in Genf werde der wahnwitzige Weg der Sanktionen fortgesetzt.

Hier beginne der erste Abschnitt einer Blockade, die eine militärische Maßnahme sei und die militärische Gegenmaßnahmen in Bewegung setzen müsse. Hieraus leite sich sodann mit Gemisheit die Ausdehnung eines Streikes auf Europa ab, den Mussolini auf kolonialafrikanischen Charakter beschränken wollte.

Italien sei jedoch das letzte Land, das eine solche Möglichkeit fürchte, da es geeignet im Innern und gewappnet für jede Überraschung weder in Europa noch in der Welt vereint am dastehet.

Das Vertrauen in die Gerechtigkeit des Völkerbundespaktes sei heute zu Ende. Man könne auch feststellen, daß die Sanktionen, diese sogenannte Waffe der Gerechtigkeit, im Gegenteil die größte Waffe der Ungerechtigkeit seien, da sie nur auf der Macht und der Monopolstellung der großen Weltreiche aufgebaut und möglich gemacht worden seien, denen gegenüber die kleinen Sanktionsstaaten sich dauernd unterwerfen müßten. Die Wirkung der Sanktionen auf die Mehrheit der Staaten sei entweder eine Verkümmern oder der Verzicht auf die nationale Würde oder eine Rückwirkung, die sich in der Bildung neuer politischer Bündnisse der sich bedroht fühlenden Staatengruppen und der Bildung von Wirtschaftssanktionen äußert.

Kein Land fühle sich durch die Formel von der kollektiven Sicherheit und dem unteilbaren Frieden wirklich geschützt.

Mit England im abessinischen Streit verbunden, wisse Frankreich genau, daß die englische Fall-zu-Fall-Politik ihm nicht die Gemisheit eines Bestandes mit selbsttätiger Wirkung zusichere. Weiter betont das Blatt erneut, Mussolini habe den afrikanischen Streit auf eine kolonialangelegenheit beschränken wollen. Der Sanktionismus behne ihn aber auf Europa aus.

Umgruppierungen an der abessinischen Front

Addis Abeba, 3. Februar. Nach abessinischen Meldungen herrscht an beiden Fronten vollkommene Ruhe. Die Abessinier nehmen, wie weiter mitgeteilt wird, in den Süd- und Südwestprovinzen große Umgruppierungen vor. Fast 200 000 Mann sind in ständiger Bewegung. Sämtliche schwachen Frontstellen sind ausgeglichen worden. Außerdem wurde eine fliegende Reserve von 50 000 Mann zusammengestellt, die immer dort eingesetzt werden soll, wo unerwartete Angriffe erfolgen. Nach fast dreimonatiger Dauer hat der Regen am Montag aufgehört und begünstigt die abessinischen Truppenverschiebungen.

staat, solle in der Weise mit den afrikanischen Kolonien Handel treiben können, daß keine Waren auf Grund ihrer Billigkeit ausgeschlossen werden, es sei denn, daß die Verbilligung einen Verstoß gegen ratifizierte Abkommen, wie z. B. über Arbeitsbedingungen, zu verhandeln wäre. Die industriellen Staaten würden hierdurch einen größeren Markt erhalten, während den Eingeborenen der Vorteil geboten würde, billige Waren zu kaufen. Um diese Gleichberechtigung auch für die Staaten, die keinen eigenen Kolonialbesitz haben, sicherzustellen, soll die Mandatskommission des Völkerbundes über die Innehaltung des Grundgesetzes der wirtschaftlichen Gleichberechtigung wachen.

Lord Lugard trifft mit diesen seinen Ausführungen nur die eine Seite des Kolonialproblems; die Erweiterung des Exports für die kolonialarmen Staaten, er verkennt jedoch, daß die Rohstofffrage für diese noch weit wichtiger ist. Rohstoffe aber sind ohne Devisen nur in eigenen Kolonien zu erhalten — das aber ist seit der angespannten Devisenlage Deutschlands der springende Punkt.

Noch einen weiteren Einwand gilt es aus dem Wege zu räumen. Vielfach wird behauptet, daß die deutschen Kolonien der deutschen Industrie nur wenig nützen würden, weil sie vor dem Kriege nicht im entferntesten Deutschlands Rohstoffbedürfnisse befriedigen konnten. Auch hier sei einem alten Afrikaner das Wort gegeben. In der Zeitschrift „Der Deutsche Kolonialist“ stellte dieser fest, daß die deutschen Kolonien im Jahre 1912 Deutschlands Außenrechnung um mehr als 40 Millionen Mark, mit den heutigen Preisen 60 Millionen Mark, jährlich erleichtert hätten. Dann fährt er fort:

„Hätten wir die Kolonien ungestört weiter entwickeln können, so würde ihr Außenhandel heute sicher ein Mehrfaches dessen vom Jahre 1912 sein. Und die Hilfe der Kolonien für den Arbeitsmarkt wie für die Außenrechnung des Mutterlandes würde jetzt, ebenfalls auf ein Mehrfaches der früheren Ziffern, d. h. auf einige hunderttausend Mann (Beschäftigung in der deutschen Industrie) und einige hundert Millionen RM. gekommen, beachtlich und erfreulich zu Buch schlagen.“

Diese Sätze sind schon 1927 geschrieben, jetzt, wo Devisenschwierigkeiten Deutschland zwingen, aufs höchste sparsam mit Rohstoffen umzugehen, würde Kaffee, Tee, Kakao, Süßfrüchte und Metalle aus eigenen Kolonien erhöhten Wert besitzen.

Deutschland hat um so größeres Recht, seine Kolonien zurückzufordern, als kein Geringerer als Lord Snowden, der frühere Minister im Kabinett der Arbeiterpartei, öffentlich erklärt hat:

„Der Teil des Versailler Friedensvertrages, der Deutschland seiner Kolonien beraubte, bildet nicht nur einen offenen Bruch des von dem Verbands während des Krieges gegebenen Versprechens, sondern er ist auch ein offen zugegebener Verstoß, das wirtschaftliche Hochkommen Deutschlands zum Vorteil seiner Handelsrivalen künstlich zu unterbinden.“

Reichsminister Dr. Goebbels hatte daher nur zu Recht, wenn er in seiner letzten Rede zur Kolonialfrage erklärte:

„Wir haben keine Kolonien! Keine Rohstoffe! Wir müssen uns schlecht und recht als Nation durchs Leben schlagen. Aber einmal wird der Zeitpunkt doch kommen, daß wir von der Welt auch Kolonien verlangen müssen!“

Butarest nächster Tagungsort des Völkerbundes

London, 3. Februar. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ meldet, der rumänische Außenminister Titulescu habe in Paris den Vorschlag gemacht, daß der Völkerbundrat seine nächste Sitzung in der rumänischen Hauptstadt abhalten solle. Durch einen solchen Schritt würde es ermöglicht werden, daß alle Staatsmänner, die unmittelbar an dem Donaupakt interessiert sind, zusammen mit den Vertretern der Großmächte für einen Meinungsaustausch zur Verfügung stehen. Ob der Vorschlag Titulescus allgemein angenommen werde, sei jedoch noch nicht bekannt, da einer Fortverlegung des Völkerbundesrates von Genf gewisse technische Schwierigkeiten im Wege ständen.

Frot schon wieder geohrfeigt

Paris, 3. Februar. Der ehemalige französische Innenminister Frot, den die Rechtskreise bekanntlich für die blutigen Zwischenfälle vom 6. Februar 1934 verantwortlich machen und der schon häufig das Opfer tätlicher Angriffe war, ist am Montag nachmittag im Justizpalast in Paris wieder beschimpft und geohrfeigt worden. Er sollte als Rechtsanwalt in einem Prozeß auftreten; kaum hatte er das Anwaltszimmer verlassen und war im Begriff, die große Treppe hinunterzusteigen, die in den Sitzungssaal führt, als er von einer Gruppe rechtschender Anwälte und anderer Persönlichkeiten angegriffen und ins Gesicht geschlagen wurde. Der zufällig anwesende Vorsitzende der Rechtsanwaltskammer versuchte vergeblich, die aufgeregten Gemüter zu beruhigen, aber erst nachdem die Polizei eingegriffen und die Ruheherder gewalttätig entfernt hatte, konnte Frot sich in den Sitzungssaal begeben.

Gegen die Dunkelmänner unserer Volksgruppe

Von der Deutschen Vereinigung wird uns geschrieben:

Herr Spitzer in der Verteidigung

In den „Deutschen Nachrichten“ vom 2. 2. 1936 schreibt der Beauftragte für Pommerellen, Erich Spitzer, über „Die Deutsche Vereinigung als Hindernis für die Erneuerung der Deutschen in Polen“. Der Aufsatz zeigt in allen Punkten die Unsicherheit der Verteidigungsstellung, in die die JDP durch die DB gedrängt worden ist.

Wir führen einige Absätze wörtlich an:

„Die Männer der alten Zeit zeigten eine Ratlosigkeit, die ans Lächerliche grenzte. Oder war es etwas anderes als Lächerlich, wenn gleich nach dem 30. Januar 1933 dieser und jener hohe Herr der bisherigen Führung beim Herrn Generalkonful sich meldete, um seine Gleichschaltung mit dem Nationalsozialismus öffentlich anzumelden — dieselben Männer, die bis zur Machtergreifung Adolf Hitlers kein gutes Haar an diesem großen Deutschen der Zukunft und seiner herrlichen Idee gelassen hatten.“

Namen sind nicht genannt, wie das Spitzer und Ihle immer tun, so daß die Angaben als Phantasie zu bezeichnen sind!

„Die mutig vorstürmende Jungdeutsche Partei aber zwang diese Herren und die Presse bald zur Demaskierung. Andererseits war es natürlich, daß ein mit solchem Schwung vorgetragener Angriff auch große Gefahren für den Angreifer mit sich brachte, sobald die Sturmcharen sich zu schnell vorwagten. Es gelang so Konjunkturritten und politisch zweifelhaften Elementen, sich in die Reihen der vorstürmenden Jungdeutschen einzuschleichen und zur Gefahr der Bewegung zu werden.“

„Nachdem unser Vormarsch im Jahre 1935 so eindeutig positiv vorgetragen worden war, war damit zu rechnen, daß die aaglaten Gegner wieder in irgendeiner anderen Form ihre Rinen springen lassen würden. Und sie taten es, indem sie die Schwächlinge in unseren Reihen, die politischen Asthmatiker, die Treibhauspflanzen und Konjunkturritzer aufs Korn nahm. Wer die letzten Wochen und Monate darauf hin beobachtet hat, der findet dies bestätigt.“

Wir sind Herrn Spitzer dankbar für diese Ehrlichkeit. Er hätte nur noch angeben müssen, daß es der „Elite“ schwer wird, sich gegen die „Konjunkturritzer“ durchzusetzen.

Zu den Kampfmethoden der Jungdeutschen Partei sagt Herr Spitzer kleinlaut:

„Unsere Methoden sind oft rauh, die Artikel unserer Presse sehr deutlich und für empfindliche Gemüter oft schwer erträglich. Doch wer hat uns dazu herausgefordert?! Wer gibt uns das Material dazu?! Einzig und allein die Lügen, Ehrabschneidungen, Hinterlist und Gemeinheiten der DB-Agitatoren.“

Wenn ein Marxistenblatt von sich aus gemeinste Schimpfartikel schreibt und mit Rübeln von Dred um sich gießt, so braucht man sich darüber nicht zu wundern. Wenn man aber weiß, daß dahinter niemand anders als die Herren der DB und ihre „Starke — Presse“ steckt, wenn diese sogenannten „Narrenspiegel“, zu denen das Material die DB geliefert hat, in Zehntausenden von Exemplaren von der DB unter ihren Mitgliedern verteilt werden, dann haben in erster Linie die führenden Männer der DB und besonders der Vorsitzende, Herr Dr. Kohnert, die Folge für diese Verheugung zu tragen.“

Wenn Herr Spitzer die Artikel der Volksstimme unter dem Titel „Narrenspiegel der JDP“ widerlegen will, so möge er doch auf die Vorschläge des Schriftleiters eingehen, der die Wahrheit der von Sp. als „Dredkubelartikel“ bezeichneten Dinge vor Gericht zu erbringen bereit ist.

Herr Spitzer will nun beweisen, daß auch bei den DBern alles mögliche vorkommt. Es ist bezeichnend, daß ein so hoher Würdenträger wie ein „Gauleiter“ Dinge erörtert, die er lieber dem vierten Redakteur seines Presseorgans überlassen sollte. Wir erwähnen das nur, weil Spitzer in seinen Ausführungen genau so wie Ihle in Anonymitäten schwelgt und keine Namen nennt. Er schreibt nämlich: „Und wer Gelegenheit hatte, hier und da von Gerichtsverhandlungen zu hören, die sich mit Alimenterlagen führender DB-Größen in diesen Tagen beschäftigten, der kann sich über die Worte dieses Bauern in keiner Weise wundern. Wir kommen somit zu der Bestätigung der Behauptung, daß die DB nur nationalsozialistisch erscheinen will.“

Wie erscheinen daneben die Redakteure der „Volkszeitung“, die doch wenigstens Namen und die Bereitwilligkeit der Beweisführung angeführt haben!

Während man bisher der DB immer Teilsgebietsseparatismus vorgeworfen hat, schreibt Herr Spitzer nunmehr wörtlich:

„In seiner Rede bei der letzten Delegiertenversammlung befürchtete Dr. Kohnert für die Ausdehnung der Deutschen Vereinigung auf ganz Polen große Schwierigkeiten. Gebe Gott, daß diese unüberwindlich sind. Denn das bedeutet eine Verewigung dieses Kampfes. Daß die Jungdeutschen dieserkalb, um mit Ihren Worten zu sprechen, Herr Dr. Kohnert, „auf die Pauke schlagen werden“, davon seien Sie überzeugt.“

Das Urteil über eine solche volksdeutsche Einstellung, die mit der Gedankenwelt Adolf Hitlers nichts mehr gemeinsam hat, möge die gesamte deutsche Öffentlichkeit fällen.

Was trennt uns von der JDP?

Wir gehen von den nächsternsten Dingen aus, weil gerade bei ihnen die Gefahr einer grausamen Ernüchterung am größten ist. § 1 der Satzungen der Jungdeutschen Partei setzt deren Sitz in Bielitz fest. § 8 sagt: „Der Vereinsvorstand besteht aus mindestens 10 Mitgliedern, von denen mindestens 6 am Orte des Vereins ihren ordentlichen Wohnsitz haben müssen. Die Mitglieder des Vorstandes werden von der Hauptversammlung auf ein Jahr gewählt, sind aber stets wieder wählbar.“

Wenn wir auf Grund der heutigen Satzung der JDP eine Volksstumsorganisation für ganz Polen aufbauen, so ist das ein auf Flugland aufgebautes Gebäude, um so mehr, als die JDP die Totalität der Führung für Politik, Wirtschaft und Kulturarbeit beansprucht. Wer sich einmal mit der Geopolitik beschäftigt hat, der muß sofort feststellen, daß

Bielitz räumlich ganz außerhalb aller siedlungsgeschichtlichen und organisatorischen Bindungen des Deutschtums in Polen gelegen ist.

Bielitz kann allenfalls Mittelpunkt einer „Bewegung“ sein, nicht aber das Zentrum einer großen, allumfassenden Volksstumsorganisation. Die JDP hat Satzungsänderungen beantragt seit 1 1/2 Jahren ohne Erfolg.

Im Gegensatz zu den uns unverständlichen Worten des Herrn Spitzer: „Gebe Gott, daß diese (die Schwierigkeiten bei der Ausdehnung der DB auf ganz Polen) unüberwindlich sind“, wünschen wir der JDP, daß ihr die Satzungsänderungen gelingen möchte.

Uebertretung der Satzungen kann Schließung der Organisation bei der ersten besten Gelegenheit zur Folge haben. Der heutige rechtliche Aufbau der JDP-Satzungen, mit dem wir rechnen müssen, schließt die JDP als Volksstumsorganisation im eigentlichen Sinne dieses Wortes aus.

Politische Tölpelerei

Wir bejahen, weitgehend, als die JDP, die Gesamtvolksstumsorganisation des Deutschtums in Polen, die zu verwirklichen unser Ziel ist.

Die JDP wollte zunächst nur die „politische Organisation“ sein. Ein solche Organisation

muß sich als der allernotwendigsten Aufgabe der Verteidigung unserer Volksstumsbelange der fremden Umwelt gegenüber zuwenden. Statt dessen ist die JDP dieser schwereren Aufgabe bisher tunlichst aus dem Wege gegangen, obwohl unser Lebenstaum in den letzten beiden Jahren in vorher nie gekannten Ausmaßen eingeschränkt worden ist.

Die JDP hat bisher diese Dinge durch die Hofabrilie der Romantik betrachtet, Umschmückerbitten und Verneigungen als politische Leistung angesehen, während ein der polnischen Regierung nahestehendes Blatt all das als „nieprozzone trzy grosze“ usw. bezeichnet hat.

Eins der anzuführenden Beispiele sei hier geboten:

Es ist Herrn Spitzers und seiner Partei Schicksal, daß sie oft nicht wissen, was sie wollen, und wollen, was sie nicht wissen. Um die Loyalität der alten Führer und der volkstumsbewußten deutschen Organisationen als unzureichend denunzieren zu können, machte das jungdeutsche Parteiblatt, die „Deutschen Nachrichten“, den Versuch, den Begriff „Loyalität“ als solchen abzulehnen und statt dessen mit unklaren Worten, aber sichtlich Bemühen dem Staat etwas anderes, viel Wertvolleres anzubieten, ohne allerdings zu verhindern, daß die jungdeutschen Redner und Zeitungen und die „Deutschen Nachrichten“ selbst später ihre verpönte „Loyalität“ öffentlich anpreisen und auslobten. Der betreffende Artikel, der schlechterdings ein Meisterstück feinsten diplomatischer, fast ist man versucht, zu sagen: edler staatsmännischer Kunst ist, trug die entschlossene Ueberdrehung: „Klare Haltung zum Staat!“ (Deutsche Nachrichten vom 6. Januar 1935.) Er war selbstverständlich nicht mit dem Namen des tapferen Denunzianten gezeichnet. Es findet sich da als

Blüte denunziatorischer Kunst folgende „Feststellung“:

„Unsere Haltung in der Frage des Verhältnisses zum Staat ist klar gekennzeichnet, wenn wir auch jene Einstellung unserer heutigen Führung bekämpfen, die sich mit der Erklärung der „Loyalität“ erschöpft. Loyalität in ihrem ursprünglichen Sinne, ein Begriff alten Denkens, bedeutet doch — nicht mehr tun, als gerade gefordert wird; Loyalität bedeutet demnach geradezu verhaltene Abneigung.“

Wenn man bedenkt, daß 1931 der Abgeordnete Julian Will als Sprecher der deutschen Fraktion im polnischen Sejm erklärte, die deutsche „Loyalität“ bedeute auch eine kompromißlose Pflichterfüllung im Falle eines Krieges, so mußte uns der vorher erwähnte jungdeutsche Schachzug als eine politische Dummheit erscheinen. Weshalb hatte die jungdeutsche Presse nun noch nötig, bei einer gleichzeitigen Diffamierung der Mehrheit unserer Volksgruppe deren Loyalität durch das Wort „Treue“ zu ersetzen?

Es können weitere politische Schachzüge dieser Art aufgezählt werden. Aber es genügt ja

Kameraden und Kameradinnen der Deutschen Vereinigung!

Am Donnerstag, dem 6. Februar, abends 8 Uhr
Jugendzusammenkunft
in Posen in der Grabenloge.

Ein deutscher Pionier des Luftschiffbaus

Von Frederik Lund.

Eine Weltgeschichte der Luftschiffahrt — die ja im wesentlichen ein Stück deutscher Geschichte ist — darf einen Namen nicht ungenannt lassen: Major a. D. August v. Parseval, der am 5. Februar 1936 in aller Stille seinen 75. Geburtstag feiert. Er ist gebürtiger Bayer. Von Frankenthal in der Pfalz kam er in jungen Jahren nach München ins Kadettenkorps, wo er bis zum Fähnrichsexamen blieb. Dann trat er in das 3. bayerische Infanterieregiment ein, das in Augsburg in Garnison stand und dem er 27 Jahre lang — bis 1907 — angehörte. Als Major nahm er seinen Abschied.

So kurz Parsevals Lebenslauf als Offizier gewesen sein mag, so lang war sein Wirken und Streben auf dem Gebiet der Luftschiffahrt. Schon 1889 trat er mit einer Schrift an die Öffentlichkeit „Mechanik des Vogelfluges“, in der er theoretisch das Wesen des Vogelfluges aufzeichnete; die Grundlage des Studiums jedes menschlichen Fluges. Er erkannte jedoch sehr schnell, daß die Theorie allein nicht genüge, und begann mit eigenen praktischen Arbeiten, die bald die Aufmerksamkeit der maßgebenden Kreise auf sich zogen. Als Soldat ging er hier von militärischen Gesichtspunkten aus und suchte unter anderem auf der bekannten Tatsache, daß während des deutsch-französischen Krieges verschiedentlich Beobachtungen mit Hilfe eines Luftballons gemacht worden waren. Ebenso wie es den Franzosen nach der Schlacht von Sedan gelang, militärische und politische Führer aus dem eingeschlossenen Paris im Ballon herauszubringen, die den weiteren Widerstand der Truppen organisierten.

Der junge Offizier fand tatkräftige Hilfe bei einem Kameraden, dem Hauptmann Bartsch von Sigsfeld, und bei dem Kommerzienrat Kiedinger in Augsburg, der damals die Ballonfabrik gründete, die heute in der ganzen Welt führend ist. Das Ergebnis war der erste, verbesserte Fesselballon, 1888 fertiggestellt und von den militärischen Stellen erprobt. 1897 wurde dieser sogenannte Drachenballon, ein würdigenes, schräg am Himmel stehendes Gebilde, in der Armee eingeführt und ständig weiter verbessert. Jeder Teilnehmer des Ballonfluges sah bei Freund und Feind diese Beobachtungsballone, die überall an den Brennpunkten der großen Kämpfe zum Einsatz kamen. Bartsch von Sigsfeld sollte diesen Erfolg gemeinsamer Arbeit jedoch nicht mehr erleben; er stürzte bereits in jungen Jahren bei einem Freiballonflug ab und starb an den

erlittenen Verletzungen. Torscherdod eines Vorkämpfers der Luftfahrt!

August v. Parseval erstrebte ein für Kriegszwecke geeignetes, sogenanntes unstarres Luftschiff. Er trennte sich bewußt vom Grafen Zeppelin, der bekanntlich von Anbeginn den Gedanken des Starrluftschiffes verfolgte, das heißt ein festes Gerippe aus Aluminium, das von der Hülle umspannt ist und in seinem Hohlraum einzelne mit Wasserstoff — oder neuerdings mit Helium — gefüllte Ballone enthält. Das unstarre Luft-



August v. Parseval

schiff, an dem auch zahlreiche Ausländer, so die Franzosen Clément-Bayard und Lebaudy sowie der deutsche Offizier Major Groß konstruierten, ist — laienhaft ausgedrückt — ein großer Freiballon, durch Motorenkraft vom Winde unabhängig gemacht. Im Jahre 1903 waren die Entwürfe eines solchen Parsevalluftschiffes fertig; und am 26. Mai 1906 stieg auf dem Tegeler Schießplatz zum ersten Male ein Prallluftschiff in die Lüfte. Den Bau hatte die Motorluftschiff-Studiengesellschaft übernommen. Die Anfangserfolge des Majors v. Parseval waren unbestreitbar. Es wurde eine ganze Reihe von Luftschiffen seines Systems gebaut und auch in der Konstruktion ständig verbessert. So hatte die preussische Heeresverwaltung bis 1913 vier Parse-

valluftschiffe in Auftrag gegeben, die von zwei Motoren zu je rund 200 PS betrieben wurden, die Marine besaß gleichfalls einen „Parseval“; und auch im Ausland wurden zahlreiche Luftschiffe dieser Bauart verwendet. England hatte den B 18 — „the lady of the air“ — Italien sieben, Rußland die Türkei und Japan je eines. Auch in der damals jungen Zivilluftfahrt bemerkte man Parseval-Luftschiffe; so sind vielen Großstädtern sonntägliche Rundflüge oder abendliche Reklamefahrten dieser fliegenden unstarren Ballone bekannt. Unter Würdigung seiner Verdienste war August v. Parseval inzwischen im Jahre 1909 von der Technischen Hochschule in München zum Doktor ing. ehrenhalber ernannt und 1911 als Professor für Luftschiffahrt an die Technische Hochschule in Berlin-Charlottenburg berufen worden, wo er heute noch seinen Wohnsitz hat.

Allmählich neigte sich die größere Aufmerksamkeit der maßgebenden militärischen Stellen jedoch dem sogenannten starren System zu. Einmal konnten diese Luftschiffe größer und härter gebaut werden; außerdem mußte ein im Kriegsfalle beschonenes unstarres Luftschiff sofort in Flammen aufgehen oder zumindest seine Tragfähigkeit verlieren und abstürzen. Fälle, die sich während der Jahre 1914/18 wiederholt ereigneten und zum Verlust zahlloser Fesselballons führten, für die das unstarre System natürlich wiederum das einzig richtige war.

Als daher während des Krieges keine Parsevalluftschiffe mehr in Auftrag gegeben wurden — andere Nationen benutzten das unstarre System während der ganzen vier Jahre und verwenden es auch heute noch — geriet diese Konstruktion in Deutschland völlig ins Hintertreffen. Nach dem Kriege wurde jedoch der Bau solcher Luftschiffe wieder aufgegriffen, von dem Konstrukteur Raab gemeinsam mit Parseval vervollkommenet und bei den Raab-Fluggewerken in Rassel durchgeführt. Noch heute finden wir diese Kleinluftschiffe als Reklamemittel bei großen Unternehmungen. Für diesen und auch sportliche Zwecke haben die Parsevale zweifellos bleibende Bedeutung. Zunächst sind sie natürlich wesentlich billiger als ein Starrluftschiff; hinzu kommen die besseren Möglichkeiten der räumlichen Unterbringung und der Beförderung. Der Transport geschieht mit eigener Maschinenkraft durch das vorbestimmte Element, in der Bahn oder im Lastzug, wobei bekanntlich die Hülle verpackt werden kann und dann nicht viel mehr Raum einnimmt als ein großer Freiballon. Im ganzen sind auf diese Weise im Laufe der Jahre über 30 Parsevalluftschiffe gebaut und verwendet worden.

Parseval ist es gewesen, der sich als einer der ersten Deutschen mit dem Bau von Luftschiffen beschäftigt hat. So gehört er zu den großen Bahnbrechern, und seine Ballone stehen am Anfang des freien Weges, der die Menschheit zur Eroberung der Luft führte.

vollkommen, auf das oben an erster Stelle gebrachte Zitat aus den Ausführungen des Herrn Spitzer hinzuweisen. Man fragt sich unwillkürlich, ob dieser „Gauleiter“ überhaupt noch zu denken vermag!

In Deutschland singt die SA das Lied: „Brüder in Fesseln und Gruben“ mit den Schlussworten:

Einmal waren wir Nazis,
Koffront und SPD.
Heut Nationalsozialisten,
Kämpfer der NSDAP.

Es ist drüben überholt, seinen Mitmenschen die frühere politische Überzeugung zur Last zu legen. Bei uns aber überlegen sich heute die „Märzblümchen“ in der ZDF bei der Herauslösung „kritischer Stellungnahmen unserer Presse“ in den Jahren vor 1933. Als Spezialist für diese Dinge gilt der Rechtsappellant Pg. Günther Hübschmann-Bromberg. Sein Studienkamerad Freiherr von Rosen-Grocholin hat uns folgende schriftliche Erklärung übersandt:

„Im Sommer 1933, also etwa ein halbes Jahr nach der Machtübernahme durch Adolf Hitler, erklärte Herr Günther Hübschmann-Bromberg: „Ich kann nicht anders, ich sehe in Adolf Hitler das Unglück Deutschlands!“ Heute hält „Pg.“ Hübschmann-Bromberg vortrags über Liberalismus, Reaktion und Nationalsozialismus, getreu dem Motto der ZDF: Wer gestern den Nationalsozialismus abgelehnt hat, kann nicht heute Führer sein.“

— Und wie vielen der wildesten „Genossen“ könnte man das gleiche sagen: Seid doch ehrlich vor Eurem eigenen Gewissen!

Die ZDF hat uns eins zweifellos voraus: Ihre Mitglieder sind schon als Nationalsozialisten geboren. Wir dagegen sind so ehrlich vor uns selber, daß wir danach streben wollen, gute Nationalsozialisten zu werden.

Die jungdeutsche „Erneuerung“ unseres Wirtschaftslebens

Heute, wo alles auf Führung und Gefolgschaft aufgebaut ist, mühten die Propheten einer neuen jungdeutschen Wirtschaftsgestaltung natürlich Männer von Format sein. Leider ist das Gegenteil der Fall.

Herr Eduard Fischer von Mollard als der von der ZDF im vorigen Jahre auserlesene Führer der Erneuerungsoption in der Belage ist allen Volksgenossen ein so klarer Begriff, daß wir diesen Unglückswurm nicht zu schilbern brauchen.

Wir schreiben ihm nur ins Stammbuch: „Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“

Herr Spitzer hat auf der letzten Amtswaltertagung der ZDF in Posen Herrn Bruno Schulz-Wollstein als geeigneter für den Posten des Genossenschaftsverbandsdirektors bezeichnet als Dr. Swart. Es ist schwer zu sagen, ob es Harmlosigkeit oder Dreistigkeit ist, die Herrn Spitzer dazu bringt, solch einen Unsinn auszusprechen und zu behaupten. Herr Spitzer hat als Aufsichtsratsmitglied einer großen Kreditgenossenschaft (Wollbank in Bromberg) bewiesen, daß er den Zweck eines deutschen genossenschaftlichen Kreditinstituts nicht erkannt hat. Denn die

Kiesenkredite, die an Eohn und Genossen, Fremdstämmige und Fremdrassige, gegeben wurden,

waren völlig nicht zu rechtfertigen.

Darf Herr Spitzer, der mit die Verantwortung für die Kiesenausfälle auf diesen nicht zu vertretenden Konten trug, es überhaupt wagen, in Genossenschaftsfragen den Mund aufzutun? Herr Spitzer läte besser, die Beurteilung genossenschaftlicher Fragen andern zu überlassen. Für seine Vorschläge werden sich alle ordentlichen Genossenschaftler bedanken.

Herrn Spitzers Drohung, dem jetzigen Verbandsdirektor gegenüber tätlich und handgreiflich vorzugehen, hatte den ungeahnten Erfolg, daß bei den genossenschaftlichen Unterverbandstagen die ZDF-Anhänger von der deutschen Bauernschaft aus allen Unterverbandsleitungen herausgewählt wurden. Herr Spitzer hat trotzdem in seinem Artikel den Mut, von eigener Wirtschaftsarbeit in der ZDF zu sprechen. Soll etwa ein zweiter derartiger Karnickel-Ündterverein wie der WDF gegründet werden? Und dann Herr Uhl! Im Wirtschaftslieben unserer Volksgruppe ist Herr Uhl in den letzten 15 Jahren nicht hervorgetreten. Erstmalig hörte man aber von ihm, als er die Zerlegung in die „Ein- und Verkaufsgenossenschaft Rogafen“, eine Handelsgenossenschaft, die in diesem Jahre auf ihr 45jähriges Bestehen zurückblicken kann, hineinbrachte. Er agitierte in üblicher Weise gegen die Verwaltung, die in jahrelanger Arbeit die Genossenschaft in der Nachkriegszeit zu beachtlicher Höhe emporgeführt hatte. Als dank der hemmungslosen Agitation, Uhl und Genossen in die Verwaltungsgewalt dieser großen Handelsgenossenschaft hineingewählt worden waren, schrieb das jungdeutsche Parteiblatt, daß „die erste Bresse in das Genossenschaftsgefäß geschlagen worden sei“. Das stimmte. Die bis dahin gutgehende Genossenschaft war plötzlich lahmgelegt. Gerichts-

aufsicht folgte. Ein Moratorium trat in Kraft: die Einlagen froren auf Jahre ein. Die Genossenschaft befindet sich in den größten finanziellen Schwierigkeiten, weil die Sparer ihre Gelder zurückzogen.

Ein wirtschaftlicher Kapfeiler unserer Volksgruppe war Parteinteressen geopfert worden.

Bezeichnend für die Befähigung des Herrn Uhl zur Leitung einer solchen Genossenschaft ist sein eigenes Eingeständnis, das er in der ersten unter seinem Vorsitz stattgefundenen Generalversammlung getan hat: Man müße ihm verzeihen, falls er Fehler mache, da er bis dahin noch keine Generalversammlung einer Genossenschaft mitgemacht habe!

Der Wirtschaftsreferent der ZDF, Bruno Schulz war Vorsitzender der Westbank Wollstein, einer Genossenschaftsbank. Außer ihm saßen im Vorstande ein Obstweinfabrikant und der Geschäftsführer. Auf Grund der Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes legt die Generalversammlung den Höchstzins fest. Jegliche Kreditgewährung an Mitglieder des Vorstandes bedarf der Genehmigung des Aufsichtsrates. Der von der Generalversammlung festgesetzte Höchstzins für das Einzelmitglied war auf 125 000 Zl. festgelegt. Diesen Kredit bewilligte der Aufsichtsrat auch Herrn Schulz und dem Obstweinfabrikanten. Die Höhe des Kredites stellte im Hinblick auf die Größe der Westbank, die etwa eine Bilanzsumme von 3,5 bis 4 Millionen aufwies, das Höchstmögliche dar. Der also im Hinblick auf die Größe der kreditnehmenden Bank und auf den Umfang des kreditnehmenden Objekts als Höchstbetrag anzulehrende Kredit genügte dem „Großkaufmann“ Schulz immer noch nicht. Daß er zu gleicher Zeit auch noch bei einer anderen deutschen Bank Kredit in Anspruch genommen hat, sei nur nebenbei erwähnt.

Er „gewährte“ sich noch einen weiteren Kredit.

Mit einem ordentlichen Geschäftsgebaren hatte allerdings diese Kreditinanspruchnahme nichts mehr zu tun. Weder der Aufsichtsrat noch die Generalversammlung hatten ihre Genehmigung zur Erhöhung des Kredites gegeben. Herr Schulz hielt es auch nicht für nötig, den Aufsichtsrat oder die Generalversammlung um die Genehmigung anzugehen.

So „gewährte“ sich der „verantwortungsbewußte“ Vorsitzende unter Aufgeachtlassung des Grundgesetzes „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ einen Kredit bis zur phantastischen Höhe von 230 000.— Zl. und ließ es geschehen, daß sein Mitarbeiter, der selbstverständlich hinter seinem tüchtigen Vorsitzenden nicht nachsehen wollte, seinen Kredit bis auf über 300 000 Zl. anschwollen ließ!

Natürlich ebenfalls ohne Wissen des Aufsichtsrates und der Generalversammlung. Auf diesen beiden Konten waren nunmehr 530 000.— Zloty vereinigt! Das heißt: Zwei Vorstandsmitglieder, darunter der Vorsitzende, hatten mehr als die Hälfte der Spareinlagen der Geschäftsstelle Wollstein für sich in Anspruch genommen! Auf diesen beiden Konten war mehr als die Hälfte der Außenstände der Geschäftsstelle Wollstein vereinigt! Als durch die Revision des Verbandes diese vor Eigennutz und Eigennutz strotzende Tatsache zutage kam, da tat Herr Schulz unschuldig und verstand es, die Generalversammlung durch schöne Worte über die Schwere seiner Verfehlungen zu täuschen.

Diesem Treiben des so „uneigennützig“ arbeitenden Vorstandsmitgliedes Schulz hat der Verband ein Ende bereitet.

Es gelang, die Westbank Wollstein vor einer Katastrophe zu bewahren. Das ist jedoch nicht das Verdienst des Herrn Schulz, wie er es selbst in seiner bekannten „Bescheidenheit“ gern erzählt. Der Zusammenbruch der Westbank Wollstein wurde verhindert durch

- a) die Besonnenheit und Ruhe der Mitglieder,
b) die finanziellen Opfer der Mitglieder,
c) Hilfe des Verbandes.

Heute aber stellt Herr Schulz ein jungdeutsches Wirtschaftsprogramm auf!

Ist es nicht selbstverständlich, daß die deutschen Bauern diese „Erneuerer“ aufs schärfste ablehnen?

Wir haben es nie verstanden, weshalb die ZDF ihren Kampf gegen die Wirtschaftsorganisationen führt, da sie dadurch ihre Partei bei allen denkfähigen Volksgenossen in Mißkredit gebracht und ihre Zielstellung verballhornt hat.

Man spricht über den „Wirtschaftsterror der ZDF“ und schwelgt in liberalistischen Vorstellungen. Jungdeutsche Angestellte sind bisher nur entlassen worden, wenn sie gegen die einfachsten Regeln der Disziplin verstoßen haben, die sie ihren Vorgesetzten gegenüber schuldig waren.

Die jungdeutsche Brochüre „Wir schmieden die Zukunft“ spricht, indem sie die Zukunft nur kümmerlich behandelt, von einem vergangenen Jahrzehnt der „Anfänger“. Die Herausgeber Spitzer und Uhl haben das Anrecht auf die ersten beiden Plätze in der Scala dieses Kapitels!

Herr „Landesleiter“ Wiesner hat im November 1935 auf der „Amtswaltertagung“ seiner Partei wirtschaftliche Thesen in einem sogenannten „Volksprogramm“ aufgestellt. Er hat allerdings in seiner Volksprogrammrede selbst bewiesen, daß er, ohne etwas Nützliches geleistet zu haben,

die tatsächlichen Leistungen anderer nur mit Schmutz zu bewerfen

imstande ist. Jeder Deutsche in Polen weiß, was das Genossenschaftswesen als wirtschaftliches Rückgrat für unser Deutschtum bedeutet. Herr Wiesner aber, dessen Unkenntnis nur durch seine Anmaßung übertroffen wird, sagte:

„Wohl bejaßen wir bis heute, besonders in den Westgebieten, gut ausgebaute Wirtschaftsorganisationen und Banken, die aber alle bis auf kleinste Ausnahmen nicht ihren Zweck erfüllten und nur dazu da waren, einer kleinen Schicht bevorzugter Menschen wirtschaftliche Vorteile zu gewährleisten und Darlehen zu verschaffen.“

Wer auch nur eine blasse Ahnung von der deutschen Genossenschaftsarbeit besitzt, kann darauf nur mit Kopfschütteln antworten.

Herr Wiesner hat in seiner Heimatstadt Bielitz nicht in einer einzigen der dort bestehenden deutschen Genossenschaften mitgearbeitet, also auch nicht einmal den Versuch gemacht, wirtschaftliche Arbeit zu leisten.

Er hätte in seiner Heimatstadt auch die Gelegenheit gehabt, auf genossenschaftlicher Grundlage eine Bank schaffen zu helfen, deren das dortige Deutschtum dringend bedarf. Er hat, mit einem Wort, nichts unternommen, was ihm auch nur den Schein einer Berechtigung geben könnte, an den großen Leistungen des deutschen Genossenschaftswesens Kritik zu üben. Aber es ist ja für einen jungdeutschen „Landesleiter“ bequemer, auf die wirklichen Leistungen anderer zu schimpfen, als sich der unbequemen Aufgabe zu unterziehen, selbst etwas zu leisten. Wenn Herr Wiesner von „einer kleinen Schicht bevorzugter Menschen“ spricht, für die das Genossenschaftswesen nur da gewesen sei, um ihnen „wirtschaftliche Vorteile zu gewährleisten und Darlehen zu verschaffen“, so kann er damit allerdings nur den großen „Wirtschaftsachverständigen“ seiner Partei, den so peinlich bekannten Herrn Bruno Schulz aus Wollstein, meinen.

Daß Herr Wiesner nur auf demagogischen Bauernfang ausgeht, zeigt folgende Stelle aus seinem „Volksprogramm“:

„In unserer Volksgruppe muß genau festgestellt werden, wieweil Existenzen in dem einen oder dem anderen Stande möglich sind, und danach muß auch der einzelne Deutsche angehalten werden, sich diesem oder jenem Berufe zuzuwenden.“
Wer sich diesen Grundforderungen unterwirft, für den wird auch die Volksgruppe die volle Verantwortung dafür übernehmen (!) und ihm die Gewähr geben (!), daß auch für seine Zukunft gesorgt und seine Existenz gesichert wird (!).“

Das „Posener Tageblatt“ (Nr. 275 vom 29. November 1935) hat dazu geschrieben: „Welches Maß von Verantwortungslosigkeit gehört dazu, derartige unerfüllbare Verprechungen seinen Anhängern vorzureden? Es kommt allerdings noch ein Nachsatz, aber der macht die Sache nicht besser, sondern noch schlimmer; denn man ersieht daraus, daß Herr Wiesner selbst sich über die Unerfüllbarkeit seiner Verprechungen doch wohl im klaren ist:

„Wir sind uns dessen bewußt, daß wir ohne Hilfe des Staates und seiner Organe dieses Problem nicht restlos lösen können.“

Also der Staat kann nun nach Ansicht von Herrn Wiesner nicht an dieser Frage vorübergehen. Und damit wäre wohl nach Herrn Wiesner die Arbeitslosenfrage für unser Volkstum gelöst? Wie einfach! Und wie merkwürdig, daß vorher noch niemand auf diese einfache Lösung, die dem Ei des Kolumbus gleicht, gekommen ist! Der Staat, der nach Herrn Wiesner nicht daran vorbeikann, wird dem großen „Landesführer“ für den Hinweis gewiß dankbar sein und schnell die Wirtschaft in Ordnung bringen. Der Staat hatte das bisher sicherlich bloß übersehen, bis der seherische Blick des großen Bielitzers ihn den richtigen Weg hat finden lassen ...!“

Selbsterfleischung oder Einigung?

Unsere Ausführungen behandeln nur den ungeliebten Bruderzwist und seine Begleiterscheinungen. Auf die Arbeit der ZDF, auf anderen Gebieten wollen wir nicht eingehen. Die Deutsche Vereinigung ist immer bereit gewesen, sich wegen einer Lösung aller Streitfragen zu verhandeln.

Aber ist es nicht heute eine Sünde an den Interessen unserer Volksgruppe, wenn wir politischen und wirtschaftlichen Hohlköpfen die Führung überlassen, die ihnen in keiner Hinsicht zukommt?

Die ZDF mag ihre Genossen ungestört erziehen, aber sie lasse ihre Finger von Dingen, die zu leisten sie niemals imstande ist und für

die sie weiter nichts als eine Zerfahungserscheinung darstellt.

Jeder verantwortungsbewußte Deutsche gehört heute in die Deutsche Vereinigung

Es ist wert, daß man an die kurze und richtige Beurteilung der Deutschen Vereinigung durch den „Bilitschen Beobachter“ vom 30. November 1934 (Nr. 330) erinnert.

Er schrieb damals das, was auch für uns von vornherein feststand:

„Seit fast 10 Jahren hat das Deutschtum in Pommern und Posen gekämpft, eine einheitliche Vertretung in einer juristisch einwandfreien Form zu erhalten, nachdem vor längeren Jahren der Deutschtumsbund von der polnischen Regierung aufgelöst worden war. Das Bestrebungsabkommen, welches der Führer und Marschall Biskubski mit Beginn dieses Jahres abgeschlossen haben, brachte für die Deutschen in diesem Gebiet die Möglichkeit, von neuem rechtliche Grundlagen für eine deutsche Gesamtorganisation zu suchen. Nach längeren Verhandlungen hat die polnische Regierung im September dieses Jahres für Posen und Westpreußen die Schaffung der Deutschen Vereinigung genehmigt. Damit haben die reichlich 1/2 Million deutscher Menschen endlich den rechtlichen Gesamtrahmen gewonnen, dessen sie für die Erhaltung ihres Volkstums bedürfen. Alle Gegenstände, die in den vergangenen Monaten und Jahren innerhalb des Deutschtums in Posen-Pommern selbst immer wieder hervortraten, werden nun innerhalb dieser „Deutschen Vereinigung“ ihren Platz gleich erhalten können. Es ist zu hoffen, daß die politischen und kulturellen Fragen, welche die deutsche Volksgruppe in Posen und Pommern bewegen, im Rahmen dieser Organisation ihrer Lösung näher kommen. In dieser Volksgemeinschaft soll, nach dem Willen der Führer der „Deutschen Vereinigung“, die Tradition des Führers um politische Selbsterhaltung aus der Vergangenheit und der Impuls der zur Verantwortung gerufenen und bereiten Jungen zur Arbeit zusammenzutreten.“

Unter sorgfältiger Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten gegenüber dem polnischen Staate wird die deutsche Volksgruppe in Pommern und Posen ihre Arbeit beginnen können.“

Deutsche Vereinigung Versammlungskalender

- D.-G. Posen: 6. Februar, 8 Uhr: Jugend-Versammlung in der Grabenloge.
D.-G. Gostyn: 4. Februar, 4 Uhr: Nothilfe-Rundgebung (Oberschl. Spielschar).
D.-G. Thorn: 4. Februar, 6 Uhr: Mitgl.-Berf.
D.-G. Schwierzen: 5. Februar, 5 Uhr: Dessenf. Versamml. in Gowarzewo b. Rawzgnial.
D.-G. Ussa: 5. Februar, 8 Uhr: Nothilfe-Rundgebung im Gemeindehaus (Oberschl. Spielschar)
D.-G. Mchnacz: 8. Februar, 7 Uhr: Jahresfest bei Paschle.
D.-G. Kupferhammer: 8. Februar, 8 Uhr: Jahresfest in Starz Golwarz bei Lohde.
D.-G. Kolowsti: 9. Februar, 2 Uhr: Jahresfest bei Schoen.
D.-G. Bojanowo: 9. Februar, 1/3 Uhr: Mitgl.-Versammlung bei Kleineri.
D.-G. Zutroschin: 9. Februar, 3 Uhr: Mitgl.-Versammlung bei Stenzel.
D.-G. Wreschen: 9. Februar, 3 Uhr: Frauenschäfts-Versammlung in Wilhelmssau.
D.-G. Dabrowicka Wola: 9. Februar: Mitgl.-Versammlung.

Aus aller Welt Schweres Hagelwetter in Südafrika

London. Bei Settle, 150 Kilometer nördlich von Johannesburg in Südafrika, richtete am Sonntag ein schweres Hagelwetter, dem ein Wolkenbruch folgte, große Verheerungen an. 97 Eingeborene kamen dabei ums Leben. Einige von ihnen ertranken.

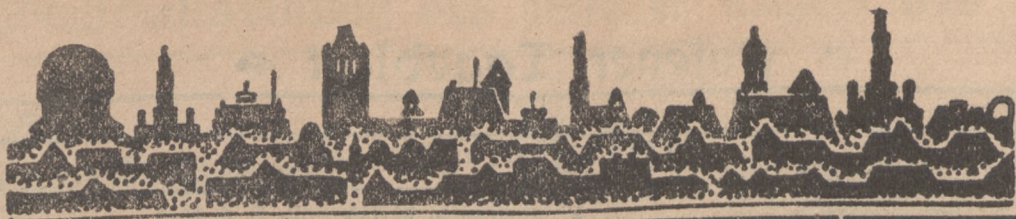
Frühlingsblüte in Ungarn

Budapest. Seit Tagen herrscht in Ungarn ein ungewöhnlich warmes Frühlingswetter, wie es seit vielen Jahrzehnten in dieser Jahreszeit hier nicht erlebt worden ist. Die Temperatur hat einen ungewöhnlichen Höhegrad erreicht. In den südlichen Teilen Ungarns stehen die

Mandelbäume und Frühlingsblumen in voller Blüte.

Obstbäume und Sträucher, die sonst Ende März zu grünen beginnen, werfen bereits jetzt die Knospenhüllen ab. Die Saaten stehen in vollstem Grün. Unter den ungarischen Landwirten macht sich größte Beunruhigung und Beforgnis wegen des vorzeitigen Frühlingsweisers bemerkbar, da die Gefahr besteht, daß ein plötzlich eintretender Frost die ganze Jahresernte zunichte machen könnte.

Aus Stadt



und Land

Stadt Posen

Dienstag, den 4. Februar

Mittwoch: Sonnenaufgang 7.30, Sonnenaufgang 13.44; Mondaufgang 13.30, Mondaufgang 5.47.

Wasserstand der Warthe am 4. Februar + 0,99 gegen + 0,97 Meter am Vortage.

Wettervorhersage für Mittwoch, 5. Februar: Wechselnd wolkig, ohne nennenswerte Niederschläge; nachts leichter Frost; Temperaturen am Tage wenige Grad über Null; absonnende westliche Winde.

Leatr Wielki

Dienstag: Sinfoniekonzert mit Koczalski als Solist.

Mittwoch: „Rose-Marie“

Donnerstag: „Cavalleria Rusticana“ u. „Bajazzo“

Freitag: „Rose-Marie“

Kinos:

Beginn der Vorstellungen um 5, 7, 9 Uhr im Metropol 5.15, 7.15, 9.15 Uhr

im Apollo an Sonn- u. Feiertagen schon um 3 Uhr

Apollo: „Dobel an der Front“ (Poln.)

Gwiazda: „Bacus“ (Poln.)

Metropolis: „Das Geheimnis des schwarzen Zimmers“ (Engl.)

Sinfonik: „Unser Sonnenschein“

Stonice: „Held wider Willen“

Teatry-Wilda: „Ein Walzer für dich“ (Deutsch)

Wilsona: „Kleine Mutti“ (Deutsch)

Maskierter Winter

Stürme jagen über die Weltmeere und gefährden die Schifffahrt. In England weht ein Höhenwind und treibt die Thermometersäule auf mehr als 12 Grad hinauf; in Frankreich treten die Flüsse über die Ufer und vernichten ganze Landstriche, und selbst im Hochgebirge schmilzt der Schnee in diesem Winter. In Garmisch-Partenkirchen ist alles aus bester für die Olympischen Winterspiele vorbereitet. Nur Petrus scheint sich nicht recht um den Kalender zu kümmern. Vielleicht ist er gar eingeschlafen — alt genug ist er ja, um sich einen Winterschlaf zu erlauben; aber man sollte doch wohl an einem Erntedankfest einen Wader anbringen und Petrus damit an seine Pflichten erinnern.

Verkehrter Winter — maskierter Winter! Schon legen die Bäume Knospen an. Durch das graue Gras des vorigen Herbstes bilden bereits die zartgrünen Halme des diesjährigen Grases, und Tulpen und Krokus spiken durch. Rodel, Ski und Schlittschuhe warten vergeblich in den Zimmern. Aber dafür heult durch die Wolken der Tauwind, und der Köhn singt in den Bergen sein wildes Lied. Die Eisbahnwärter und Hotelbesitzer in den Winterportorten schmühen ihre Leibriemen fester, fassungslos stehen sie dieser Umkehrung des Winters gegenüber. Mit einer unerkennbaren Wärme scheint hier und da die Sonne stundenweise durch Sturm und Regen nieder, mit einer Wärme, die die Kinderwagen in die Anlagen lockt und Wintermantel mit Regenmantel vertauschen läßt. Wann wird endlich der Winter seine Mäste fallen lassen? Wird er sie in den Tagen und Wochen der Masken- und Kostümfeste aufbewahren wollen, um als Vorfrühling zu gelten? Weinahe sieht es so aus.

Steuertalender für Februar

Im Februar sind folgende Steuern fällig: 1. Bis zum 25. Februar die Monatsrate der Gewerbesteuer vom Umsatz für das Jahr 1936 in Höhe der Steuer, die von dem Umsatz anfällt, der im Januar von allen Betrieben erzielt wurde, die dazu verpflichtet sind, ihre Tätigkeitsberichte zu veröffentlichen oder zur Bestätigung einzureichen, und bei den übrigen Unternehmen von Handelsbetrieben der ersten und zweiten Kategorie sowie Industriebetriebe der 1.-5. Kategorie, die ordnungsmäßige Handelsbücher führen, erzielt wurden; 2. bis zum 15. Februar die Vierteljahresrate der Gewerbesteuer für das 4. Quartal des Vorjahres vom Umsatz für das Jahr 1935 für alle Unternehmen, die in Punkt 1 nicht aufgeführt worden sind und nicht die pauschalierte Gewerbesteuer vom Umsatz zahlen; 3. bis zum 1. März die Anzahlung auf die Einkommensteuer für das Jahr 1936 durch natürliche Personen, die zur Einreichung von Deklarationen über das Einkommen verpflichtet sind und keine Handels- oder Wirtschaftsbücher im Sinne der Vorschriften des Artikels 87 der Steuerordnung führen; 4. bis zum 7. Februar die Einkommensteuer von Gehältern, Löhnen und Emerturen die vom Arbeitgeber im Januar gezahlt wurden; 5. bis zum 7. Februar die Sondersteuer von Entlohnungen aus öffentlichen Geldern im Januar; 6. bis zum 5. Februar die Steuer von elektrischer Energie für die Zeit vom 16. bis zum 31. Januar und bis zum 20. Februar die gleiche Steuer für die ersten 15 Tage des Februars.

Außerdem sind alle im Februar fälligen Rückstände sowie Ratenzahlungen als auch die Steuern fällig, zu deren Zahlung die betreffenden Personen für diesen Monat aufgefordert worden sind.

Dijsaer Magistrat gegen Arbeitsnot

Am vergangenen Sonnabend fand im Sitzungssaal des Rathauses eine Zusammenkunft von Vertretern der Bürgerchaft, der Arbeitslosen und des Stadtvorstandes statt, in der über die letzten Vorfälle in Dijsa gesprochen wurde. Zu dieser Zusammenkunft waren auch die Vertreter der Zeitungen geladen, um der ganzen Bürgerchaft unserer Stadt ein genaues Bild über die bedauerlichen Vorfälle und die Ursachen, die dazu führten, zu geben.

Die Zusammenkunft eröffnete der Bürgermeister und gab dann Vertretern der Arbeitslosen das Wort. Der erste Sprecher, Andrzej Michalczak, wies auf die große Not hin, die unter unseren Arbeitslosen herrscht. Viele der Arbeitslosen schämen sich, ihre Kinder zur Schule zu schicken, da diese in vielen Fällen verlaust seien. Dies aber nicht etwa, weil die Mütter zu faul seien, die Wäsche zu waschen oder auf die Keimlichkeit ihrer Kinder zu achten, sondern einzig allein aus dem Grunde, weil keine Möglichkeit besteht, Seife zu besorgen. Es sei tatsächlich heute schon so, daß die Arbeitslosen lieber Seife haben möchten als Brot. Er gab zu, daß die Stadt aus eigenen Mitteln nicht in der Lage sei, das Problem der Arbeitslosenfrage zu lösen. Aber wenn sie es nicht kann, so müßte sie Mittel und Wege finden, um andere, höhere Stellen für die große Not der Arbeitslosen in unserer Stadt zu interessieren.

Der zweite Sprecher, Stanislaw Soltyski, kam auf die Frage der hiesigen Wohlfahrtsinstitute zu sprechen und stellte den Antrag, die hiesige „Caritas“ unter Aufsicht des Arbeitsfonds zu stellen, denn dort befänden sich diejenigen Armen und Arbeitslosen Unterstützung, die den Nachweis erbrächten, daß sie auch zur Kirche gingen.

Der dritte Sprecher der Arbeitslosen, Jan Marcinkowski, betonte den Willen zur Legalität und zur Achtung vor den Behörden. Die Arbeitslosenfrage werde aber etwas leicht genommen.

Die Vertreter der Arbeitslosen gaben unverantwortungslösen Elementen die Schuld an den schweren Ausschreitungen der vergangenen Woche.

Bürgermeister Kowalski wies darauf hin, daß man sich, wenn auch schweren Herzens, entschließen habe, alle vorhandenen, bis Ende April berechneten Mittel schon jetzt für öffentliche Arbeiten auszugeben. Die Stadtverwaltung habe alles getan, was in ihrer Macht stand, um das Los der Arbeitslosen zu lindern. Aus Mitteln der allgemeinen Verwaltung wären seit April des vergangenen

Jahres zur Beschäftigung von Arbeitslosen 19 000 Zl. ausgegeben. Die städtischen Werke, also auch Gelder der Stadt, haben in einem Jahre 35 000 Zl. für die Beschäftigung von Arbeitslosen verausgabt. Dagegen standen der Stadtverwaltung aus Mitteln des Arbeitsfonds nur etwa 13 000 Zl. zur Verfügung. Wenn heute Gerüchte verbreitet waren, daß er, der Bürgermeister, Gelder des Arbeitsfonds abgelehnt hätte, weil er keine Arbeitslosen in der Stadt hätte, so sei dieses Gerücht großer Unfug. Denn von den der Stadt zugebilligten 13 000 Zl. hätte die Stadt erst 8 000 Zl. erhalten und in der Tat bereits 13 000 Zl. ausgegeben. Es dürften auch nicht die Summen vergessen werden, die die Stadt zur Ernährung der Schulkinder ausatbt. Die Stadt hat bisher das Menschenmögliche getan, was sie tun konnte.

Die Stadtverwaltung ist jetzt unter dem Druck der Menge so weit gegangen, daß sie sämtliche verfügbaren Mittel für Arbeitslosenzwecke auf einmal ausgeben wird.

Es werden jeweils 150 Arbeitslose drei Tage in der Woche beschäftigt werden, wobei der erste Tag in Naturalien die beiden anderen Tage mit je 2 Zl. Bargeld entlohnt werden. Die Folge davon wird sein, daß die Stadt zur Verfügung stehenden Mittel 3 Wochen reichen. Mit anderen Worten den Februar hindurch ist die größte Not gelindert. Was später wird, das weiß man nicht.

Bürgermeister Kowalski erklärte dann noch, daß er vor den Demonstranten durchaus keine Furcht gehabt hätte und es ferner eine Lüge sei, daß er persönlich eine Gratifikation seitens des Arbeitsfonds in Höhe von 1000 Zloty erhalten habe.

Aus dem Referat des Vizebürgermeisters Sobkowiak war zu ersehen, daß die Stadt große Mittel für die öffentliche Fürsorge verausgabt. Monatlich würden etwa 5000 Zloty für Krankenpflege ausgegeben, wovon etwa ein Drittel auf die Arbeitslosen entfällt. Im letzten Jahre wurden 4000 ärztliche Behandlungen vorgenommen. Davon 87 Stadtarme und 246 Arbeitslose. In spezialärztliche Behandlung wurden 5 Stadtarme und 21 Arbeitslose gegeben. Allein 63 Arbeitslose wurden wegen Geschlechtskrankheiten behandelt. Auch an diesen Zahlen ist zu ersehen, daß in besonderem Maße ärztliche Behandlung an Arbeitslose gewährt wird. Zu der Frage der Reemigranten erklärte der Vizebürgermeister, das dies in vielen Fällen noch lange nicht so schlimm ergehe wie den Arbeitslosen. Die meisten hätten Ersparnisse mit-

gebracht. Es zeuge doch von einer Unverfrorenheit, wenn ein Reemigrant an die Stadtverwaltung einen Antrag richtet um Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge, bei dem es sich später herausstellt, daß er Ersparnisse von mehr als 4000 Zloty hat.

Im Anschluß an die Referate des Stadtvorstandes fand eine ergiebige Aussprache statt, nach der eine Kommission aus Vertretern der Arbeitslosen und der Bürgerchaft mit dem Bürgermeister an der Spitze gebildet wurde, die bei der Wojewodschaft vorstellig werden soll, um

größere Mittel aus dem Arbeitsfonds für die Beschäftigung der Arbeitslosen herauszubekommen.

Es wurde ferner auch die Frage einer allgemeinen Sammlung unter der Bürgerchaft der Stadt erörtert, und trotzdem viele der Anwesenden gegen eine solche Sammlung waren, weil die Bürgerchaft selbst schon verarmt sei, und zweitens die Mittel, die durch solche Sammlungen erreicht werden, wie ein Tropfen Wasser auf den heißen Stein wirken, wurde doch beschlossen,

nach einmal an das Herz derjenigen zu appellieren, die noch etwas besitzen.

Nach etwa dreistündiger Beratung wurde die Versammlung durch den Bürgermeister geschlossen. Hoffen wir, daß bei den Arbeitslosen vor allem die Einsicht kommt, daß sie durch Gewalt ihr Los keineswegs verbessern können.

Unterleibs-erkrankungen. Nerztliche Nachschriften erwähnen, daß das natürliche „Franz-Josef“-Bitterwasser auch gegen Kongestionen nach der Leber und dem Mastdarm sowie bei Hämorrhoiden, Prostataleiden und Blasenkatarrh sicher und angenehm wirkt.

Ostrowo

Pflichtfeuerwehr

In einer besonderen Bekanntmachung teilt der Bürgermeister mit, daß nunmehr eine Pflichtfeuerwehr ins Leben gerufen wird. Unter Berufung auf das Feuerchutzgesetz wird beauftragt, daß jede männliche Person verpflichtet ist, Feuerchutzdienst zu leisten. Ausgenommen sind: 1. nicht arbeitsfähige Männer, 2. Jugendliche unter 14 Jahren, 3. Männer über 60 Jahre. Personen, die unter Punkt 1 fallen und auf Grund dessen von der Feuerchutzpflicht befreit sind, müssen sich unter Vorlegung ärztlicher Atteste bis zum 15. d. M. beim Stadtvorstand (Jarzad Wiejski) melden. Außerdem können Personen auf Grund des Feuerchutzgesetzes vom Pflichtdienst befreit werden, wenn sie bis spätestens 1. März 1936 bei der Stadthauptkasse oder unmittelbar bei dem Kassierer der Feuerwehr, Feliks Ograbel, ul. Rajkomska 29, eine Abfindungssumme in Höhe von 6 Zl. zahlen. Der Stadtvorstand wird eine Liste anfertigen lassen, in der alle die Personen aufgeführt sind, die bei der Pflichtfeuerwehr Dienst zu tun haben.

Auslieferung eines Fahnenlichtigen. Von den deutschen Behörden ausgeliefert wurde dieser Tage ein gewisser Miodolaj Szajda, der im Jahre 1934 vom 55. Inf.-Reg. desertierte und nach Deutschland entfloh. Dort gelang es ihm, sich fast zwei Jahre vor dem Zugriff der Behörden zu verbergen. Jetzt wurde er festgenommen und den polnischen Behörden übergeben.

Gerurteilte Demonstranten. Die vor etwa zwei Wochen verurteilte Arbeitslosendemonstration hatte nunmehr vor dem hiesigen Bürgergericht ihr Nachspiel. Elf Mitstreiter des Zentral-Berufsverbandes der Gewerbe- und Bauarbeiter standen unter der Anklage der Aufwiegelung zu Ausschreitungen und des Widerstandes gegen die Obrigkeit. Nach längerer Verhandlung wurden vier Angeklagte zu je 4 Wochen und sieben zu je 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Zollschiebungungen mit japanischen Glühlampen

Wie die polnische Presse berichtet, sind die Zollbehörden einer großangelegten Schmuggelaffäre auf die Spur gekommen. Eine in Lemberg bestehende Glühlampenfabrik hat mit Hilfe eines Wiener Engroskaufes und einer tschechoslowakischen Expeditionsgesellschaft mehrere Hunderttausend aus Japan stammende Glühlampen bezogen, die als deutsches Erzeugnis eingeführt und entsprechend zollbehandelt worden waren. Die von der Einfuhrfirma selbst gefälschten Rechnungen waren für die Zollabfertigung mit einem von amtlichen Stellen ausgestellten Ursprungszeugnis versehen worden. Angeblich sind bisher 1,5 Millionen Glühlampen auf diesem Wege als deutsches und teilweise als tschechisches Erzeugnis nach Polen eingeführt worden.

Schüsse im Gerichtssaal

Zu einem ungewöhnlichen Zwischenfall kam es in Wilna während einer Gerichtsverhandlung gegen einige Kommunisten. Als einer der Zeugen des Staatsanwalts ausagte, erhob sich im Zuschauerraum ein junger Mann, ging auf den Zeugen zu und feuerte vier Schüsse aus einem Revolver auf ihn ab, so daß der Zeuge schwer verwundet zusammenbrach. In dem Durcheinander, das der Vorfall ausgelöst hatte, versuchte der Täter zu entkommen. Er wurde jedoch von einigen Polizisten verfolgt und ebenfalls durch einige Schüsse schwer verletzt. Die beiden Verletzten wurden in ein Krankenhaus eingeliefert.

Vom Posener Seuchenturfus für deutschsprachige Jmter

Im Januar hat in Posen ein zweitägiger Seuchenturfus für deutschsprachige Jmter stattgefunden. Derselbe war von etwa 30 Damen und Herren besucht. Der Vorsitzende des Großpolnischen Jmtervereins, Herr Widdera, eröffnete den Kursus mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit der Seuchenbekämpfung. Der Schriftleiter des „Posener Bienenwirts“, Herr Simonis, wies auf die Aufgabe des Lehrganges hin, die nötigen Vorkenntnisse für die Tätigkeit als Seuchewart zu vermitteln. Darauf hielt Herr Dr. Blank-Weißberg vom Zentralverband Warschau einen längeren Vortrag über die Anatomie der Biene. Der eigentliche Leiter des Kurses, Herr Dr. Kruszycki-Obornik, machte die Erschienenen mit allen ansteckenden Krankheiten und ihrer Bekämpfung bekannt. Dann sprach am zweiten Kurstage Herr Widdera eingehend über Bau und Leben der Biene, während Herr Scholz einen längeren Vortrag über die nichtansteckenden Bienenkrankheiten hielt. Den Schluß bildeten kostenlos von der Welage veranstaltete Lichtbildervorführungen über die Bienenkrankheiten.

Einreichung der Mieterlisten

Nach einer Verordnung des Finanzministers vom 8. Januar ist die in der Steuerordnung vorgesehene Frist für die Einreichung von Hauptverzeichnissen der Mieter und der Mitbewohnungen über unbebaute Plätze oder ungenügend bebaute Plätze auf den 10. Februar d. Js. verschoben worden. Die in der Steuerord-

Paula Wessely in dem großen Wiener Film Episode

Still lebt und arbeitet die große Filmschauspielerin und beliebte Künstlerin Paula Wessely. Zahlreiche Angebote bekommt sie aus Hollywood, Paris und London, alle mit den höchsten Gagen. Aber die große Künstlerin widersteht allen Lodenangeboten. Nur eins könnte sie dem Film freitritt machen, das wäre, wenn sie in Filmen arbeiten müßte, die ihr nicht zuzagen, in die sie nicht ihre ganze Seele legen könnte. Aber da ist noch Paula Wessely als Mensch. Kameradschaftlich, freundlich und bescheiden, verbreitet sie Sonne und Freude, wo sie auch hinkommt. All diese künstlerischen und menschlichen Vorzüge sehen wir in dem genannten Film, der ein Ereignis zu werden verspricht. Premiere am Mittwoch, 5. d. Mts., im „Stonice“.

nung vorgesehene Frist für die Einreichung der ausführlichen Listen, über die in den einzelnen Wohnungen wohnhaften Personen wurde auf den 5. Februar festgelegt.

Berein deutscher Angestellter

Auf dem Heimabend am Mittwoch dieser Woche wird ein Lichtbildervortrag über „Die Olympiade 1936“ gehalten.

Heute Sinfoniekonzert

Auf dem heutigen Sinfoniekonzert im Leatr Wielki tritt, wie bereits berichtet, der bekannte polnische Pianist Raoul Koczalski als Solist auf. Koczalski gehört zu den Künstlern, die von ausländischen Konzertdirektionen sehr begehrt sind, so daß es daher nicht leicht war, ihn für das heutige Konzert zu gewinnen. Der Dirigent des Konzertes ist Prof. Nowowiejski, dessen eigene Komposition „Nina“ mit auf das Programm gesetzt worden ist.

Der nächste literarische Abend im Dzialowski-Palais am 6. Februar führt den bekannten Weltreisenden und Literaten Ferdinand Ossendowski nach Posen. Der Abend verspricht sehr interessant zu werden.

Ertaupter Geschäftsdiel. Dem Geschäftsinhaber Bogdan Habrach gelang es dieser Tage, auf frischer Tat einen Mann zu fassen, der seit Monaten von der Polizei als Geschäftsdiel gesucht wurde. Es handelt sich um den 28jährigen Henryk Chlebowski, der sich als Spezialist im Einschlagen von Schaufenstern betätigt hatte.

Aus Posen und Pommerellen

Dobrzycza

Autobusverkehr. Mit dem 1. Februar ist eine Aenderung in den Autobusverbindungen nach Posen und Ostrowo eingetreten. Die Autobusse der Ostrowitzer Linie Autobuslinie (Ostrowo) verkehren jetzt in jeder Richtung dreimal täglich, und zwar bis Koshmin. Von dort ist Anschluß nach Posen, Jaromin und Krotoschin. In Ostrowo haben die Autobusse jetzt Anschluß nach Kallisch, Grabow, Kempen, Adelnau, Krotoschin, Pleschen usw. Die neuen Abfahrts- und Ankunftszeiten sind: In Richtung Koshmin ab Ostrowo um 7.00, 16.00 und 19.15 Uhr; ab Dobrzycza um 8.00, 16.20 und 20.15 Uhr; an Koshmin um 8.20, 16.20 und 20.35 Uhr; in Richtung Ostrowo ab Koshmin um 6.30, 9.30 und 18.30 Uhr; ab Dobrzycza um 6.50, 9.50 und 18.50 Uhr; an Ostrowo um 7.50, 10.50 und 19.50 Uhr.

Billa

Morgen, Nothilfe Feiertage!

In letzter Stunde weisen wir nochmals auf die am morgigen Mittwoch, abends um 8 Uhr, im Saale des evangelischen Gemeindehauses stattfindende Nothilfeveranstaltung...

Rawitsch

Für hungernde Brüder. Am vergangenen Sonntag versammelten sich über 200 Volksgenossen in der Loge, um durch die Teilnahme an der Nothilfe-Kundgebung zur Linderung der Not der Volksgenossen in Lodz...

Zarotschin

Jahresmarktskalender. Für die Stadt Zarotschin sind im Jahre 1936 folgende Jahrmärkte festgesetzt: Vieh- und Pferdemarkte am 25. März, 24. Juni und 28. Oktober...

Bleichen

Bewilligung von Bankrediten. Das Komitee zum Ausbau der Städte hat in seiner Sitzung am 30. Januar nach genauer Durchsicht der eingegangenen Gesuche um Baudarlehen...

Der alte Viehmarkt, der nicht mehr benutzt wird und zur Verschönerung des Stadtbildes wenig beiträgt, soll in Kürze ein anderes Aussehen erhalten.

Schubin

Wichtig für Waffen- und Munitionsbesitzer. Nach einer Bekanntmachung des Kreisstarosten ist in letzter Zeit mehrfach festgestellt worden, daß Personen ohne Erlaubnis Waffen und Munition besitzen.

Verheerendes Unwetter auf Neuseeland

London. Wie aus Wellington gemeldet wird, wurde die Nordinsel von Neuseeland am Sonntag von einem verheerenden Unwetter heimgesucht. Die Stadt Palmerstone sieht aus, als ob sie von einem Erdbeben betroffen worden wäre.

Großfeuer in Moskau

Moskau. Das Gebäude der Handelskammer der Sowjetunion wurde von einem Großfeuer heimgesucht. Bei der Bekämpfung des Brandes wurde ein Feuerwehrmann durch elektrischen Strom auf der Stelle getötet.

METROPOLIS Vorführungen 5,15, 7,15, 9,15. Ab morgen, Mittwoch, 5. d. Mts ein Filmmeisterwerk, das die ganze Welt elektrisiert hat. Heitere Sensation. Die ganze Stadt spricht davon. In der Hauptrolle der geniale Edward Robinson.

Den Winterspielen zum Geleit

Der Präsident des Organisationskomitees der IV. Olympischen Winterspiele, Dr. Ritter v. Hall, widmet dem Winterolympia in Garmisch-Partenkirchen folgendes Geleit: Bei allen unferen Vorarbeiten für die Olympischen Winterspiele sind wir von dem Standpunkt ausgegangen, daß Garmisch-Partenkirchen als die entscheidende olympische Etappe vor dem Höhepunkt des Jahres 1936...

in Angriff genommen und mit Erfolg durchgeführt worden. Das Werdenfelder Land ist stolz darauf, daß auf seinem Boden die Olympiasieger der winterlichen Sportzweige festgestellt werden. Dabei wird das ganze Land, seine Gasse und seine Bewohner in den Februartagen von olympischem Geist, dem Geiste des Friedens, der Kameradschaft und der Bereitschaft zu höchster Leistung beherrscht sein.

Der Luftsport bei den Olympischen Spielen

Steinflug nach Garmisch — Der neue Zeppelin kommt zum Olympia nach Berlin

Bei der Gestaltung des Rahmenprogramms der XI. Olympischen Spiele 1936 wird auch der Luftsport in starkem Maße beteiligt sein.

Anlässlich der Olympischen Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen wird vom 3. bis 6. Februar ein Internationaler Sternflug stattfinden. Der endgültige Meldetermin hierfür war der 1. Februar.

200 Sportflugzeuge haben sich zur Teilnahme gemeldet, etwa 50 davon sind Ausländer, und zwar sind England, Frankreich, Desterreich, Polen, die Schweiz und die Tschechoslowakei vertreten.

Auch für die im Sommer stattfindenden Olympischen Spiele in Berlin ist ein reichhaltiges Programm des Luftsports vorhanden. Am 29. Juli ist der Zeitpunkt des letzten Eintreffens zum Olympia-Sternflug auf dem neuen Sportflughafen in Rangsdorf bei Berlin.

Am nächsten Tage findet dort die Vor-Auswahlprüfung zur VII. Internationalen Kunstflugmeisterschaft statt. Der 31. Juli bringt einen Olympia-Großflugtag in Berlin-Tempelhof mit dem Endkampf der besten Kunstflieger.

12 Segelflugzeuge, von den besten deutschen Segelfliegern geführt, durch vier Motorflugzeuge über das Olympia-Station geschleppt werden.

Auf einen vom Boden aus durch Kurzwellensender gegebenen Befehl werden die Segelflugzeuge unmittelbar vor dem offiziellen Beginn der Spiele ausklinken und Ehrenrunden über dem Sportgelände ausführen.

Jämtliche Schleppmethoden und Kunstflugvorführungen der Allgemeinheit und den Olympiagästen gezeigt werden.

Mogilno

Ausfertigung und Einreichung von Grundbüchern. Nach einer Bekanntmachung des Finanzamtes haben alle Grundstückseigentümer in der Zeit bis zum 10. Februar dem Finanzamt eine Grundbuchliste ausgefüllt einzureichen.

Mogilno

Kreisstagsitzung. Am 30. Januar fand hier eine Kreisstagsitzung statt. Zu Beginn derselben berichtete der Vorsitzende, Kreisstarost Bogusjewski, über die Tätigkeit des Kreisrates nach der letzten Kreisstagsitzung.

beschlossen, beim Hilfsanleihefonds an der Poin-Kommunalbank in Warschau eine Anleihe von 60 000 Zł. nachzuheben, wodurch ein Ausgleich für die der Landwirtschaft gewährten Erleichterungen geschaffen werden soll.

Surchtbare Benzinexplosion

In der Nähe des Ortes Scottsboro im Staate Alabama wurden bei einer furchtbaren Benzinexplosion 20 Negersträflinge getötet. In einem Sträflingslager bei Scottsboro wurden 22 Negersträflinge zu Straßenbauarbeiten eingeteilt.

Berey — der beste Sportsmann des Jahres

Das Ergebnis einer Kundfrage. Die Sportszeitschrift „Przeгляд Sportow“ veranstaltete, wie üblich, auch in diesem Jahre unter ihren Lesern eine Umfrage nach dem besten polnischen Sportsmann.

Die vier Gruppen der Eishockeyspiele

In Garmisch-Partenkirchen fand am Montag die Auslosung der einzelnen Gruppen für die Durchführung der Eishockey-Wettspiele statt. Von 17 gemeldeten Ländermannschaften sind 15 Mannschaften zur Stelle.

Die Olympischen Winterspiele werden, wie bereits im Eröffnungsprogramm berichtet, am Donnerstag vormittag um 11 Uhr eröffnet. Am 2.30 Uhr nachmittags und 9 Uhr abends kommen Eishockey-Wettspiele zum Austrag.

Es schnell endlich

Schneefall und Frost wird aus Garmisch-Partenkirchen gemeldet. In der Nacht zum Montag hat es geschneit, so daß Garmisch wieder in ein weißes Winterkleid gehüllt ist.

Sprachkundige Studenten als Helfer der Olympia-Mannschaften

Schon vor vielen Wochen sind Sporthelfer ausgebildet worden, die den ausländischen Mannschaften mit ihren Sprachkenntnissen helfen sollen. Diese Sporthelfer sind Studenten, die den Mannschaften als Dolmetscher beigegeben werden.

Polener Korbballmeister

In Lemberg wurden am Sonntag die diesjährigen Endspiele im Polens Meisterschaft im Korbball durchgeführt, die dem Polener KPW, erneut den Meistertitel einbrachten.

Die Tennis-Spieler Oratel und Tarlowki haben in Katowitz dieser Tage einen Schaulampf im Eistennis bestritten.

Für das Trainingslager der für die Auswahl der Elf Polens gegen Belgien in Aussicht genommenen Fußballspieler ist Scherzke als einziger Polener bestimmt worden.

Ungarns Eishockey-Olympiamannschaft trug in Katowitz auf der Durchreise nach Garmisch in Katowitz zwei Spiele gegen eine schlesische Auswahlmannschaft aus und gewann 7:2 und 7:0.

Im ausverkauften Eistadion zu Düsseldorf trug die amerikanische Olympia-Eishockeymannschaft ihr erstes Spiel auf deutschem Boden aus. Die Amerikaner spielten weit besser, als man es nach den letzten Berichten von ihrem Auftreten in England erwarten durfte.

Höllensmaschine im Parfümerieladen

In ein Parfümeriegeschäft in der Hauptstraße von Wilna kam an einem der letzten Abende ein Unbekannter, der hat telephonieren zu dürfen. Der Bitte wurde entsprochen, und der Fremde verließ dann das Geschäft unter Zurücklassung eines ziemlich großen Pakets.

Wie steht die Erzeugungsschlacht?

Ein Rückblick anlässlich der „Grünen Woche“

Der Abschluss der „Grünen Woche“ in Berlin hat vielfach die Veranlassung zu neuem Rück- und Ausblick auf den Stand der Erzeugungsschlacht gegeben. Nach den Berichten im „Zeitungsdienst des Reichsnährstands“ steht bereits fest, dass die Landmaschinenfabriken und die Hersteller landwirtschaftlicher Bedarfsgegenstände auf der Ausstellung auch geschäftlich gut abgeschnitten haben. Nach der genannten Quelle ist mit Sicherheit damit zu rechnen, dass die Bauern, die ihre

Käufe für Maschinen, Düngemittel und Bedarfsgegenstände

im letzten Jahre um rd. 300 Mill. RM erhöht hatten, auch in diesem Jahre wieder, bei der Vorbereitung auf die neue Ernte, in ähnlich starker Masse und wohl noch darüber hinaus einkaufen. Es ist ja kürzlich auch bereits festgestellt worden, dass die ländlichen Spar- und Darlehnskassen eine recht günstige Einlagenentwicklung zeigen, die sie befähigt, auch an gewerbliche Kreise wieder Gelder auszuliehen.

Da fast der gesamte Lebensmittelbedarf, abgesehen von den Mengen, die über die Küchen der Gaststätten, Kasernen usw. gehen, durch die Hände der Hausfrauen läuft, ist es besonders wichtig, die Millionen von Hausfrauen zu verständnisvoller Mitarbeit in der Erzeugungswirtschaft aufzurufen. Es muss den Verbrauchern klargemacht werden, dass es vorübergehende Versorgungsmängel auf allen Märkten geben kann, dass aber solche kleinen Störungen, denen durch verstärkte Verwendung anderer Lebensmittel auszuweichen ist, in Kauf genommen werden müssen, weil sie das geringere Uebel darstellen, verglichen mit den starken Preisschwankungen, die sonst unvermeidlicherweise eintreten — von den allgemein-politisch ungünstigen Wirkungen einer noch stärkeren Auslandsabhängigkeit unserer Lebensmittelversorgung ganz zu schweigen. So war es gewiss für viele Hausfrauen „jägerlich“, dass in den letzten Wochen, nachdem

die Butter- und Fettknappheit eben erst glücklich überwunden war und auch die Fleischversorgung in den Gross- und Industriestädten sich annähernd normal gestaltet hatte, plötzlich eine Eierknappheit entstand. Diese Hausfrauen sollten sich darüber klar sein, dass ohne die Marktordnung gewiss genügend Eier angeboten würden; allerdings zu Preisen von 20—25 Pfennigen je Stück, also zu Preisen, die für die ganz überwiegende Zahl der Haushaltungen geradezu unerschwinglich sind. Ist es da nicht besser, dass die Preise gehalten werden, und dass sich jeder Haushalt einmal, wenn die Reihe an ihm ist, ein paar Eier erstehen kann? Eine solche Regelung hat zum mindesten den Vorteil, dass sie dem modernen sozialen Empfinden entspricht.

Die niedrigen Eierpreise haben auch bewirkt, dass die Erzeuger die teuren Futtermittel stärker für Erzeugnisse eingesetzt haben, für die — wie bei Mastgänsen — keine Preisbegrenzung bestand, oder deren Erzeugung lohnender erschien: das war etwa bei Mastschweinen und Mastochsen der Fall.

Diese Feststellung lenkt die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der Futtermittel-Versorgung, die ja auch im Rahmen der Erzeugungsschlacht — man denke an den Hinweis auf die Futtereierweiss-Lücke — immer wieder gebührend betont worden ist. Untersuchungen, die in der letzten Zeit angestellt worden sind, haben ergeben, dass trotz der geringeren Futtermittel-Ernte von 1934, die bisher für die Fleisch- und Fettverknappung im letzten Spätherbst verantwortlich gemacht wurde, der gesamte Futtermittel-Vorrat stets ausreichend war, und

zwar dank der hohen Vorratshaltung, die durch beträchtliche Einfuhren ermöglicht wurde. Im Wirtschaftsjahr 1934/35 sind z. B. 1.6 Mill. t Getreide eingeführt worden, d. i. zehnmal soviel wie im Jahre vorher. Bei einem Verbrauch von insgesamt 33.5 Mill. t (gegen 33.9 Mill. t im Vorjahr) sind immer noch 0.4 Mill. t zur Vervollständigung der Vorratshaltung „auf Lager“ gegangen. Hätte von vornherein Klarheit über diese reichliche Versorgung bestanden, so hätten die kleineren und mittleren Betriebe, anstatt ihre Viehhaltung auf die wirtschaftseigene Futtermittel-Basis zurückzuführen, im gleichen Masse wie in den Vorjahren Schweine zur Mast aufstellen oder Rinder ausmästen können.

Im laufenden Erntejahr ist nun dafür gesorgt, dass sich solche unnötigen Einschränkungen in der Ferkel- und Kälberaufzucht nicht wiederholen. Getreide- und Kartoffelernte zusammen sind, auf Futtereinheiten umgerechnet, etwa so hoch wie im Vorjahr. Dafür sind aber höhere Vorräte ins neue Erntejahr übernommen worden, nämlich 3.2 Mill. t Getreide, das ist mehr als ein guter Monatsbedarf. Freilich wird dieser Vorrat nicht im vollen Umfange in die Futtertröge wandern können, weil etwa die Hälfte davon guter backfähiger Weizen ist, der gegen Futtermittel ausgetauscht werden muss — sofern man sich nicht dazu entschliesst, einen Teil der (grösstenteils aus dem Auslande stammenden) Weizenbestände als Vieh- und Geflügelfutter für die auf Futterzukauf angewiesenen Klein- und Kleinstbetriebe herzugeben, die als Lieferanten von Eiern, Geflügel und Kleintieren eine wichtige Rolle in der Gesamtversorgung spielen. Auch auf diesen Punkt ist ja gelegentlich der Grünen Woche wieder mit Recht vielfach und nachdrücklich hingewiesen worden: Der Siedler am Rand der Grossstädte und Industriezentren ist zwar kein Bauer, aber auch er steht mitten in der Erzeugungsschlacht, und tut sein Bestes als unentbehrlicher Mitkämpfer.

Getreide, Posen, 4. Februar. Amtliche Notierungen für 100 kg in Zloty frei Station Poznań.

Table with columns: Richtpreise, and rows listing various grains and products like Roggen, Weizen, Braugerste, etc. with their respective prices.

Stimmung: ruhig. Gesamtumsatz: 1247.2 t, davon Roggen 451, Weizen 172, Gerste 285, Hafer 6 t.

Getreide, Danzig, 3. Februar. Amtliche Notierung für 100 kg in Gulden. Weizen 130 Pfd. bunt 19.50, Weizen 128 Pfd. weiss 19.70, Roggen 120 Pfd. 13.15, Gerste feine 15.60—16.25, Gerste mittel lt. Muster 15.25 bis 15.60, Gerste 114/15 Pfd. 15.05, Futtergerste 110/11 Pfd. 14.90, Futtergerste 105/06 Pfd. ohne Handel, Hafer 13.50—14.50, Hafer feiner ohne Handel, Peluschken 22—24, Ackerbohnen 19, Wicken 20—22.50. Zufuhr nach Danzig in Waggons: Weizen 51, Roggen 39, Gerste 138, Hafer 21, Hülsenfrüchte 27, Kleie und Oel, kuchen 13, Saaten 6.

Posener Viehmarkt

Es waren aufgetrieben: 411 Rinder, 1675 Schweine, 525 Kälber, 90 Schafe; zusammen 2699 Stück.

Rinder:

Table listing prices for various types of cattle (Ochsen, Bullen, Kühe, Färsen, Jungvieh, Kälber) with columns for animal type and price ranges.

Schafe:

Table listing prices for various types of sheep (Lämmer, Mutterschafe, Mastschweine) with columns for animal type and price ranges.

Verantwortlich für Politik und Wirtschaft: Eugen Petrucci; für Galerien, Werbung und Sport: Alexander Zisch; für Redaktion und Unterhaltung: Alfred Waacke; für den übrigen redaktionellen Inhalt: Eugen Petrucci; für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarz; Kopf- und Druck: Concordia, Sp. A.G., Danzonia i wspaniamina. Sammlische in Poznań, Alca Warszawa 25.

Börsen und Märkte

Posener Börse

vom 4. Februar

Table listing various securities and their prices, including Staatsl. Konvert.-Anleihe, Obligationen der Stadt Posen, etc.

Stimmung: ruhig.

Warschauer Börse

Warschau, 3. Februar

Rentenmarkt. Die Stimmung in den Staatspapieren war veränderlich die Umsätze beschränkt; dagegen wuchs das Interesse für die Privatpapiere.

Es notierten: 4proz. Prämien-Dollar-Anleihe (Serie III) 52.80—53, 5proz. Staatl. Konv.-Anl. 1924 59.25, 7prozentige Stabilisierungs-Anleihe 1927 60 bis 60, 7proz. L. Z. der staatlichen Bank Polny 83.25, 5proz. L. Z. der staatl. Bank Polny 94, 7proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank II. bis VII. Em. 83.25 8proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 94, 7proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank II.—III. Em. 83.25, 8proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 94, 8proz. Bau-Obl. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 93, 5proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 81, 5 1/2proz. L. Z. der Landeswirtschaftsbank II.—VII. Em. 81, 5 1/2proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank I. Em. 81, 5 1/2proz. Kom.-Obl. der Landeswirtschaftsbank II.—III. und III. N. Em. 81, 8proz. L. Z. Tow. Kredyt. Przem. Polsk. 90, 4proz. L. Z. Tow. Kred. Ziem. der Stadt Warschau (Serie VI) 41, 4 1/2proz. L. Z. Tow. Kred. der Stadt Warschau (Serie V) 46—45.50, 5proz. L. Z. Tow. Kred. der Stadt Warschau 1933 54.25—53.63, 5proz. L. Z. Tow. Kred. der Stadt Lublin 1933 39.13, 5proz. L. Z. Tow. Kred. der Stadt Siedlce 1933 28.50, VIII und IX, 6proz. Konv.-Anleihe der Stadt Warschau 1926 54.50.

Aktion. Die Stimmung war uneinheitlich, die Umsätze jedoch grösser als am Vortage: Bank Polski 97—97.50, Warsz. Tow. Fabr. Cukru 33, Wegiel 12.50, Lilpop 8.75, Starachowice 33.75 bis 33.25—33.50.

Amtliche Devisenkurse

Table showing exchange rates for various cities like Amsterdam, Berlin, Brüssel, Kopenhagen, London, New York (Scheck), Paris, Prag, Italien, Oslo, Stockholm, Danzig, Zürich, Montreal.

Tendenz: veränderlich.

Devisen. Tendenz: veränderlich bei lebhaften Umsätzen.

Im Privathandel wurden gezahlt: Bardollar 5.21—5.22, Goldrubel 9.03 1/2—9.03, Goldrubel 4.79—4.82, Silberrubel 1.45, Tschervonez 2.35.

Amtlich nicht notierte Devisen: Danzig 99, Kopenhagen 117, Madrid 72.58, Montreal 5.24, 1 Gramm Feingold = 5.9244 zt.

Danziger Devisenkurse

Notierungen der Bank von Danzig

Danzig, 3. Februar. In Danziger Gulden wurden für teleg. Auszahlungen notiert: New York 1 Dollar 5.2145—5.2355, London 1 Pfund Sterling 26.15—26.25, Berlin 100 Reichsmark 213.03—213.87, Warschau 100 Zloty 99.80 bis 100.20, Zürich 100 Franken 172.16—172.84, Paris 100 Franken 34.92—35.06, Amsterdam 100 Gulden 358.58—360.02, Brüssel 100 Belg. 89.02—89.38, Stockholm 100 Kronen 134.78 bis 135.32, Kopenhagen 100 Kronen 116.72—117.18, Oslo 100 Kronen 131.39—131.91, — Banknoten, 100 Zloty 99.80—100.20.

Berliner Börse

Börsenstimmungsbild. Berlin, 4. Februar. Tendenz: uneinheitlich. Das Bild der Kursgestaltung bei Eröffnung der Börse war wieder uneinheitlich, doch überwogen meist Abschwächungen, die zum Teil sofort nach den Eröffnungskursen noch verstärkt wurden. So gaben Daimler zunächst um 1/4 und gleich darauf noch einmal um 1/4% nach. Genau die gleiche Entwicklung machten Farben durch, die dann mit 152% gehandelt wurden; 3/4% schwächer waren weiter Mannesmann und Schultheiss. Aschaffenburger Zellstoff verloren 3/4%. Stahlverein waren um 1/4% gedrückt. Andererseits aber konnten sich Harpener, Dortmunder Union und Jungbans um je 1/2% befestigen. Am Rentenmarkt notierten Altbesitz mit 110, d. h. 30 Pfg. unter dem Vortag. — Blanko-Tagesgeld erforderte unverändert 3 bis 3 1/4%.

Ablösungsschuld: 110.

Märkte

Getreide, Bromberg, 3. Februar. Amtl. Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg im Grosshandel fr. Wagon Bromberg. Richtpreise: Roggen 12.40—12.60, Standardweizen 18.25—18.50, Einheitsgerste 13.75—14.25, Sammelgerste 13.25—13.75, Braugerste 14.50 bis 15.25, Hafer 13.75—14, Roggenkleie 10 bis 10.50, Weizenkleie grob 11.50—12, Weizenkleie mittel 11.25—11.75, Weizenkleie fein 11.75 bis 12.25, Gerstenkleie 10.25—11, Winterraps 40—43, Winterrübsen 39—41, Senf 36—39, Leinsamen 35—37, Peluschken 23—25, Felderbsen 21—23, Viktoriarbsen 24—25, Felgererbsen 19—21, Blaulupinen 9.75—10.25, Gelblupinen 11—11.50, Serradella 20—22, Rotklee roh 85—100, gereinigter Rotklee 110—125, Schwedenklee 170 bis 190, Wicken 21—22.50, Weissklee 75—95, Kartoffelflocken 14.50—15.50, Trockenschnitzel 8.50—9, blauer Mohr 59—63, Leinkuchen 16.50 bis 17, Rapskuchen 13.50—14, Sonnenblumenkuchen 18—19, Kokoskuchen 14.50—15.50, Sojaschrot 21—22. Stimmung: ruhig. Der Gesamtumsatz beträgt 1123 t. Abschlüsse zu anderen Bedingungen: Roggen 62, Weizen 134, Braugerste 15, Einheitsgerste 60, Sammelgerste 385, Hafer 95, Roggenmehl 49, Weizenmehl 46, Roggenkleie 100, Weizenkleie 10, Wicken 37, Blaulupinen 11, Nusskuchen 10, Roggenschrot 75 t.

Tariffentscheidungen für Gewebe und Stickereien

In der Pos. 599 des Zolltarifs sind Wollgewebe aus Kammgarn vorgesehen. In Verbindung damit erläutert das Finanzministerium, dass Wollgewebe aus Kammgarn ein Gewebe ist, welches ganz oder teilweise aus einem Garn erzeugt wurde, dessen Rohstoff (d. i. die Wolle) vorher dem Kammprozess unterworfen wurde.

Die Feststellung des Kammprozesses der Wolle wird in der Weise vorgenommen, dass mehrere vorwiegend miteinander zusammengehörende Fäden des Gewebes in die einzelnen Garnfäden geteilt werden, welche dann abermals von neuem ganz auseinandergedreht werden und dann wird der auseinandergedrehte einzelne Faden untersucht. Sofern die Fasern dieses Fadens parallel liegen und demnach die Fasern in bestimmten Abschnitten der Länge des untersuchten Fadens gleiche Grössenverhältnisse ausweisen und ausserdem keine Knötchen, Verdickungen, Verwicklungen haben, ist anzunehmen, dass die Wolle dem Kammprozess unterworfen wurde; der aus dieser Wolle erzeugte Faden trägt daher den Namen „Kammgarn“.

In den Positionen 613, 614, 615, 616, 617, 633, 634 und 707 des Zolltarifs sind Gewebe und Wäsele vorgesehen, bei welchen der Zollsatz von der Dichte der Kette und des Schusses je qcm abhängig gemacht ist. Dazu erläutert das Finanzministerium, dass man unter der Dichte der Kette und des Schusses je qcm die Zahl der Fäden in Kette und Schuss, die sich insgesamt in 1 qcm des Gewebes befinden, versteht. Mit Rücksicht darauf, dass bei desinierten (buntgewebten u. dergl.) Geweben, als auch bei Flanellgeweben (mit haariger Oberfläche), nicht alle Fäden an der betreffenden Oberfläche des Gewebes sichtbar sind, wird als Grundlage für die Zollbemessung nicht die scheinbare Zahl der Fäden, sondern die tatsächliche Zahl genommen, welche die betreffenden Gewebe je qcm haben: die tatsächliche Zahl der Fäden wird in dem betreffenden Fall durch Teilung eines solchen Gewebestückes in die einzelnen Fäden und durch deren Summierung erhalten. — Bei Geweben mit verschiedener Dichte je qcm ist bei Bemessung der Zahl der Fäden die grösste Dichte des Gewebes zu nehmen.

Gleichzeitig wird erläutert, dass ein aus mehreren Garnfäden gewirnter Faden als ein Faden zu nehmen ist, dagegen sind zwei oder mehr Fäden, welche in Kette oder Schuss nebeneinander parallel als ein Band von Fäden laufen, bei der Bestimmung der Dichte des Gewebes jeder für sich zu zählen.

Mit Rücksicht auf die auftauchenden Zweifel betreffend die Anwendung der Vertragsätze bei Stickereien, welche auf Geweben befestigt sind, und der Zollabfertigung nach Tarifnr. 1014, P. 1, lit. c) des Zolltarifs unterliegen, erläutert das Finanzministerium, dass den Vertragsatz von 21 600.— für 100 kg, welcher in Tarifnr. 1014, P. 1, lit. c) der Liste I des polnisch-englischen Handelsvertrages vom 27. 2. 1935 festgesetzt ist, ausschliesslich Stickereien genossen, welche auf Geweben aufgenäht sind. Dagegen können Stickereien, welche auf dem Gewebe auf eine andere Art als durch dem Gewebe aufgenäht sind, den obigen Vertragsatz nicht in Anspruch nehmen: sie können nur die Vertragermässigkeit in der Höhe von 30% des autonomen Zolles genossen, welche im polnisch-französischen Handelsvertrage für Stickereien mit Zusatz gewöhnlicher Materialien vorgesehen ist.

Heute abend, 10 Uhr entschließ nach kurzer, schwerer Krankheit mein lieber Mann, unser selbstloser geliebter Vater, Bruder, Schwiegervater und herrlicher Großvater, der

Hausbesitzer

Karl Hecke

im 79. Lebensjahre.

In tiefer Trauer auch im Namen der andern Hinterbliebenen

Ella Hecke, geb. Luwensie,
Luise Wiedemeyer, geb. Hecke,
Elfa Groeling, geb. Hecke,
Ernst Wiedemeyer,
Robert Groeling
und Enkelkinder.

Onizno, den 2. Februar 1936.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des evang. Friedhofes aus statt.

(Kondolenzbesuche dankend verbeten.)

Parnassia u. Beseler Kartoffeln beide 2. Abs., krebst. und von der Izba Rolnicza anerkannt. Ferner **Hindenburg 1935** anerkannt und zwei 3-jährige

braune, starke Hengste bietet an

A. Lange, Skrzyszewo, p. Mogilno.

Wir verlangen für unser Geld gute Ware u. deshalb nur



REMU-Mostrich

Empfehlenswert sind die Spezialmarken:

- Remu Kremaska
- Remu Sarepska
- Remu Trullowa

Lichtspieltheater **Słońce**

Heute, Dienstag, unweigerlich zum letzten Male trotz Riesenerfolgs, die heitere Wiener Komödie

„Der Held wider Willen“

Szöke Szakall — Mary Lossef
Otto Wallburg

Bedeutend ermäßigte Preise: von 50 Groschen an.

Wenn Sie Tränen lachen wollen, eilen Sie ins „Słońce“.

Aussergewöhnliche Gelegenheit Erster grosser Nachinventurverkauf zu Spottpreisen

von besten, modernen

Woll- und Seidenstoffen

für Damenkleider und -Mäntel

sowie sämtlicher Artikel für den kirchlichen Bedarf

Wirklich aufsehenerregende Preisherabsetzung!

Wollstoffe von 25% bis 60%

Seidenstoffe von 20% bis 30%

Kirchenparamente von 30% bis 50%

Kirchenstoffe von 20% bis 40%

Dom Bławatów

i Hurtownia Liturgiczna

Poznań, plac Wolności 2. Tel. 39-65.

NUR 10 TAGE!

NUR 10 TAGE!

Um Irrtümer zu vermeiden, gebe ich zur geil. Kenntnis, dass mein Geschäft nicht verlegt worden ist, sondern sich weiterhin in den bisherigen Räumen in der **sw. Marcin 34** (neben der Schule) befindet.

Tadeusz Gąsiorowski

Uhrmacher — Juwelier — Goldwarengeschäft

Gegr. 1922.

Poznań, **sw. Marcin 34**

Telefon 55-28.

Telefon 55-28.

Bedeutend ermäßigte Preise! — Nehme auch Gutscheine der Kredyt an.

Bitte auf die Firma

TADEUSZ GAŚSIOROWSKI.

zu achten.

Das Wintergrünfütter für die Kühe ist die Futterrübe. Es ist aber nicht gleich, welche Sorte Futterrüben man baut. Machen Sie einen Versuch mit 25 oder 50 oder noch mehr % Ihrer Futterrübenanbaufläche mit der

Vilmorin roten Halb-Zuckerrübe

und wir sind sicher, Sie bringen in Zukunft nur noch diese Futterrübe zum Anbau. Wir haben die Vilmorin rote Halbzuckerrübe 3 Jahre neben anderen Qualitäts-Futterrüben gebaut. Im Ertrage waren sie jeder Qualitäts-Futterrübe mindestens gleich, in der Futterwirkung bezügl. Milchmenge und Fett stets überlegen. Der Preis für Samen dieser hochwertigen Futterrübe stellt sich auf

- zł 30.— per 50 kg bei Abnahme von vollen Zentnern,
- zł 35.— per 50 kg bei Abnahme von 50—99 Pfund,
- zł 40.— per 50 kg bei Abnahme von 1—49 Pfund.

Säcke zum Selbstkostenpreis. Versand erfolgt gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages auf unser Konto bei der Bank für Handel und Gewerbe, Poznań, Masztalarska 8.

Dom. Białokosa, Post Nojowo, Station Kikowo.

Die neuesten **ADLER TRUMPF-WAGEN** sind bereits **eingetroffen!**



1 Ltr.

ADLER TRUMPF JUNIOR

Die neue Ganzstahl Cabrio-Limusine von zł 6500 an
F. Szczepański i Synowie, Poznań ul. Wielka 17

KLEINE ANZEIGEN

Korsett u. Büstenhalter

eigenes Korsettatelier seit 1911.

S. Kaczmarek,

jetzt 27 Grudnia 10 neben Fa. Thiom



Olympische Spiele 1936

- Franz Mezö: Geschichte der Olympischen Spiele. Mit Anhang: Die Olympischen Spiele der Neuzeit von 1896—1936/36. Mit 94 Bildern und 2 Karten zł 8,20
- Herm. Thimmernann: Olympische Siege zł 4,95
- Fritz Warner: Die Olympischen Winterspiele 1924 bis 1936. Antwort auf 15 000 Fragen zł 4,25
- Olympia-Kalender. Abreißkalender mit zahlreichen Abbildungen zł 5,15
- Dr. Carl Diem: Das Olympiade-Buch mit über 130 Bildern und Plänen zł 4,80

Vorrätig in der Buchhandlung

Kosmos - Buchhandlung

Poznań, Al. Marsz. Piłsudskiego 25.

Bei Bestellung mit der Post erbitten wir Voreinsendung des Betrages zuzüglich 30 gr Porto auf unser Postscheckkonto Poznań 207 915.

Verkäufe

Akkumulatoren-Säure, Schwefelsäure zur Futteruntersuchung, Milchkannen, Battemilchfilter, Milchhühler, Pergamentpapier, Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft Spółdz. z ogr. odp. Poznań

Gebrauchte Möbel kauft — verkauft — nimmt in Kommission. Umtausch gebrauchter Möbel in neue

Poznański Dom Komisowy Poznań, Dominikańska 3. Telefon 2442.

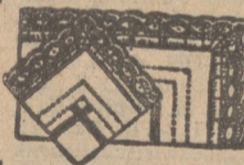


Eine Sensation unser **Nachsaisonverkauf** in den bekannten Qualitäts-Stoffen

Molenda

Poznań, Plac Śmigłokrzyski 1

Weisse Woche Bettwäsche



Niederlag-Baten und Anvers für Steppdecken, fertige Oberbetten, Rissen, Oberbetten, Bezüge, glatt und garniert, Handtücher, Steppdecken, Gardinen, Tischwäsche empfiehlt in großer Auswahl **Wäscheabrick und Seinenhaus**

J. Schubert

Poznań

jetzt nur **Stary Rynek 76**

Rotes Haus gegenüb. d. Hauptwache neben der Apotheke „Pod Lwem“

Um Irrtümer zu vermeiden, bitte ich meine Kundenschaft genau auf meine Adresse **Stary Rynek 76** zu achten.

Spezialität: Brautausstern. fertig zur Bestellung und vom Meter.

Weisse Tage

Aussergewöhnliche Gelegenheit zum billigen Einkauf von

- Leinen, Inletts
- Wäsche, Stickereien
- Spitzen, Trikotagen
- Strümpfen
- Handschuhen

B. Okopłaska

Poznań, Pocztowa 1.

Konzert - Zither

zu verkaufen. Rybaki 19, Jablokajnia.

Mahlschelben

für Rapid, Krupp usw.

Schlagleisten

deutsches Fabrikat

Schrauben dazu

Flug-Schloß-Schrauben

Masch.-

Anschweiß-Enden

Nägel - Kettler

verzinkte Eimer

alle landw. Zubehöre

billigst bei **Woldemar Günter**

Landmaschinen und Bedarfsartikel — Oele und Fette

Poznań, Sew. Mielżyńskiego 6. Telefon 52-25.

G. Dill

Pocztowa 1

Uhren

und Goldwaren

Kaufe Gold und Silber.

Trauringe, Paar v. 10.— zł

Gebrauchte Möbel

sämtliche ander. Gegenstände kauft u. verkauft.

Bożna 16,

Centralny Dom Komisyjny.

Erstklassiger, starker Deckhengst

„Urus“, Salbblut, ostpreussisch gezogen, Vater „Seidenspinner“

Mutter nach „Cactus“

geb. 1919, angeführt, steht zum Verkauf.

Off. unter 936 an die Geschft. dieser Zeitung

Grundstücke

Geschäftsgrundstück

Kolonialwarengeschäft in Kleinstadt Südpolen, am Markt gelegen, sofort zu verkaufen. Anfragen unter 910 a. d. Geschft. dieser Zeitung.

Offene Stellen

Kräftiges, zuverlässiges Mädchen

sofort gesucht. Off. u. 933 an die Geschft. d. Zeitung.

Kino

Kino „Sfinks“

27 Grudnia 20

Die reizende kleine Shirley Temple

erobert alle Herzen als „Unser Sonnenschein“

Stellengesuche

Bedienstungstelle

von sofort od. 15. Februar gesucht. Off. unter 935 a. d. Geschft. b. Btg.

Evgl., selbständige Köchin

sucht per 1. März oder später Stellung. Offert unter 939 a. d. Geschft. dieser Zeitung.

Wirtin

kath., perfekt, 40 Jahre, sucht vom 15. Februar Stellung aufs Land. Off. unter 937 a. d. Geschft. dieser Zeitung.

Verschiedenes

Privat-Schwester

evgl., gut ausgebildet, übernimmt Kochen, Kranken- u. Säuglingspflege. Früher in der Klinik Dr. Kantorowicz gearbeitet.

Schw. Julia Krause Poznań

Sniadecka 17. Tel. 7620.